

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Uruguay

vom 7. November bis zum 19. Dezember 2016

32 Jahre nach Ende der zivil-militärischen Diktatur in Uruguay: Offene Wunden im Musterland

Von Jannis Carmesin

Uruguay, vom 7. November bis zum 19. Dezember 2016



Inhalt

1. Einleitung

1.1 Zur Person

1.2 Danksagungen / Muchas gracias a todos!

1.3 Warum Uruguay, warum dieses Thema?

1.4 Die ersten Schritte: Zweifel und Erleichterung

2. Historischer Kontext

2.1 Aus der Krise in die Diktatur

2.2 Die zivil-militärische Diktatur von 1973 bis 1985

3. Die Suche nach den Desaparecidos

3.1 Die Suche der Angehörigen

3.2 Die Suche des Staates: 32 Jahre und kaum Ergebnisse

3.3 Die „Grupo de Trabajo por Verdad y Justicia“ – neue Hoffnung oder zahn- und tatenloser Tiger?

4. Die juristische Aufarbeitung

4.1 Straffreiheit per Gesetz – Ex-Präsident Sanguinetti und das Ley de Caducidad

4.2 Zusammenleben von Tätern und Opfern

5. Das Militär: Schweigen, Verharmlosung – und nun eine Öffnung?

6. Erinnerungskultur

7. Was lernen wir aus dem Fall Uruguay?

1. Einleitung

1.1 Zur Person

Im März 2013, irgendwo zwischen der Atacama-Wüste und dem wilden Patagonien, verliebte ich mich in Lateinamerika. Eineinhalb Jahre zuvor hatte ich mein Studium der Journalistik und Politikwissenschaften in Dortmund begonnen und verließ zum ersten Mal in meinem Leben den europäischen Kontinent, um Chile zu bereisen. Das war zum damaligen Zeitpunkt eine sehr pragmatische Wahl: Ich wollte endlich ein entferntes Land kennen lernen und eine große Airline hatte gerade günstige Flüge von Düsseldorf nach Santiago de Chile im Angebot. Aus der Zufallswahl wurde eine nachhaltige Faszination: Nach vier aufregenden Wochen Rucksackreise entschied ich beim Blick auf die Landkarte, dass ich so schnell wie möglich alle Länder Lateinamerikas kennenlernen wollte.

Während meines Volontariats beim WDR in Köln (Stationen: ARD Monitor, Deutsche Welle, Funkhaus Europa, WDR5 Politik und Zeitgeschehen, Lokalstudio Wuppertal) bekam ich die Zusage für ein Auslandssemester in Mexiko-Stadt und eine Hospitanz im dortigen Korrespondenten-Büro der Deutschen Presseagentur (dpa). Dort – und auf meiner anschließenden Reise durch Kolumbien, Ecuador und Peru – brachte ich mein rudimentäres Spanisch auf Vordermann und arbeitete erstmals journalistisch im Ausland. Nach Abschluss meines Studiums im April 2016, einer Recherchereise nach Ostafrika und einem halben Jahr Festanstellung als Redakteur beim WDR-Jugendsender 1LIVE konnte ich nun dank der Heinz-Kühn-Stiftung Uruguay und im Anschluss auch noch den Norden Argentiniens kennenlernen. Seit meiner Rückkehr arbeite ich wieder als freier Journalist, vor allem für den WDR-Hörfunk und suche parallel ein spannendes Master-Programm und neue Möglichkeiten, journalistisch im Ausland zu arbeiten – ob in Lateinamerika oder anderswo.

1.2 Danksagungen / *Muchas gracias a todos!*

Mein großer Dank gilt zuallererst Ute, die als One-Woman-Show den Stiftungsbetrieb am Laufen hält und jedes Jahr aufs Neue jungen Journalisten die in dieser Form wohl einzigartige Möglichkeit gibt, die das Heinz-Kühn-Stipendium darstellt.

Außerdem danke ich Agus, Pollo, Tassi, Vivi, Pepi und Ho-Chi, meinen fantastischen Mitbewohnern und Freunden, dank derer meine Zeit in Montevideo nicht nur interessant, sondern auch sehr unterhaltsam war. Danke an

Vero, Roberto, Oma Fanni und alle anderen, die mir – nicht nur an Weihnachten – das Gefühl gegeben haben, Teil der Familie zu sein. Und natürlich danke an Mariana und allen anderen, die mir durch ihr Wissen und Engagement bei der Recherche geholfen haben. (Und damit meine Worte auch ankommen: „Quiero agradecerles a Agus, Pollo, Tassi, Vivi, Pepi y Ho-Chi, mis compañeros de casa y amigos, gracias a los cuales mi tiempo en Montevideo no solo estuvo interesante sino también más que divertido. Gracias a Vero, Roberto, la abuela Fanni y todos los demás que me dejaron sentir así cómo fuera una parte de su familia – en Navidad y en cada otro día de mi tiempo en Uruguay. Y – por supuesto – gracias a Mariana y todos que me apoyaron en mi trabajo con su conocimiento y sus esfuerzos.“)

1.3 Warum Uruguay, warum dieses Thema?

Vor meiner Reise war Uruguay, das kleinste spanischsprachige Land Südamerikas, für mich wie für die meisten ein weitestgehend unbeschriebenes Blatt. Doch was ich wusste, war vor allem positiv konnotiert: Umgeben von Ländern, die von der Korruption ihrer Eliten zerfressen sind, rangiert Uruguay in der Weltrangliste von Transparency International Seite an Seite mit europäischen Erste-Welt-Ländern. Es ist eines von nur zwei Ländern des Kontinents, die von der UN als „High-Income-Country“ eingestuft werden und das einzige, das laut dem „Democracy Index“ des Economist als „Full Democracy“ zu bewerten ist. Man könnte noch viele Statistiken mehr in den Raum werfen, von der progressiven Drogen- und Abtreibungspolitik, dem Ex-Präsidenten José Mujica, einer Größe der internationalen Linken, oder dem Weltklasse-Fußballnationalteam sprechen. Wirklich spannend wurde Uruguay für mich aber erst, als ich beim Surfen auf eine Kurzmeldung von Februar 2015 stieß: „Uruguay bekommt Wahrheitskommission“, hieß es da. „30 Jahre nach dem Ende der Diktatur wird ‚Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit‘ geschaffen. Sie soll das Schicksal von Verschwundenen aufklären.“

Bei der Lektüre des Textes stutzte ich: Ich hatte von den Diktaturen in Chile und Argentinien gewusst, nicht aber von der uruguayischen. Und dass ausgerechnet dieses augenscheinliche Musterland auch 30 Jahre nach Rückkehr zur Demokratie noch so weit entfernt von einer Aufarbeitung des Staatsterrorismus sein sollte, erstaunte mich und warf Fragen auf: Wieso ist eine umfassende Aufarbeitung in Uruguay ausgeblieben? Welchen Einfluss hat dieser Umstand auf das Zusammenleben in dem kleinen Land? Wie beeinflusst die Beschäftigung mit der Vergangenheit die Menschen im Kleinen und die Gesellschaft im Ganzen? Und: Können Vergessen und Schweigen

über die Vergangenheit, kann eine „Politik des Schlussstrichs“, auf dem Weg zu einer gesunden Demokratie eventuell sogar helfen, weil sie einen Blick nach vorne ermöglicht?

1.4 Die ersten Schritte: Zweifel und Erleichterung

Als ich Anfang November in Montevideo lande, zweifle ich am Sinn meiner Rechercheidee, denn die Vorbereitung ist schleppend verlaufen. Die Literatur ist veraltet oder schwer zu bekommen und im deutschsprachigen Raum habe ich keinen Experten gefunden, der die jüngeren Entwicklungen in dem kleinen Land beobachtet hat. Die wichtigste ausländische Wissenschaftlerin, Francesca Lessa von der University of Oxford, steckt im Publikationsstress und sagt für ein Interview ab. Und auf meine Mails nach Uruguay kommt zunächst nur wenig Feedback. „Wie relevant ist das Thema für die Uruguayer nach all den Jahren tatsächlich noch?“, frage ich mich und mache mir Sorgen, dass meine Interviewanfragen vor Ort vor allem gleichgültiges Achselzucken hervorrufen könnten.

Die Sorgen verwässern sich wenige Tage nach meiner Ankunft auf einer Dachterrasse in Montevideos hübschem Stadtteil Pocitos. Meine Mitbewohnerin Agustina hat mich auf eine Party eingeladen, um mir ein paar ihrer Freunde vorzustellen. Wir sitzen bei Kerzenlicht zusammen, trinken Rotwein, hören Techno und Cumbia und ich lerne Nico und Mariana kennen. Die beiden sind in etwa so alt wie ich, studieren Politikwissenschaften an der Universidad de la República und werden hellhörig, als ich erzähle, wieso ich nach Uruguay gekommen bin. „Wir arbeiten an der Fakultät seit ein paar Jahren sehr viel zur Aufarbeitung der Diktatur“, sagt Mariana, ein hübsches Mädchen mit fröhlichen Augen und Nasenpiercing. In ihrer Freizeit engagiert sie sich in der nationalen Studentenvereinigung und bei Famidesa, der Organisation der Angehörigen der während der Diktatur verschwundenen Menschen. Nachdem ich ihr erzählt habe, welche Fragen mich interessieren und wen ich zu interviewen beabsichtige, beginnt sie von ihren aktuellen Projekten zu erzählen und lässt mich ziemlich beeindruckt zurück: Sie erzählt von ihrer Forschungsarbeit zu sexuellem Missbrauch politischer Gefangener in den Gefängnissen des Regimes, von einem gemeinsamen Ausflug Studierender ihrer Fakultät und Hinterbliebener in der darauffolgenden Woche, von der Einweihung einer großen Gedenkstätte im Landesinneren Mitte Dezember und von ihren Professoren, die sie wie Freunde beim Vornamen nennt und die sich seit Jahren an der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Diktatur beteiligen. „Ich werde dir ein paar Leute vorstellen, die dir sehr weiterhelfen werden“, sagt Mariana und ich gebe ihr meine Handy-

nummer, bevor wir uns verabschieden. Weil im sehr überschaubaren Uruguay tatsächlich das Motto „Kennste einen, kennste alle!“ zu gelten scheint, ist diese Party ein ungewöhnlicher Startschuss für meine Recherche. Schon am nächsten Tag lerne ich im Museo de la Memoria (MUME), einem kleinen Museum zur Diktatur am Stadtrand von Montevideo, Manuela Abraham kennen, die an der Fakultät für Sozialwissenschaften lehrt und im MUME mit anderen Freiwilligen an einem Konzept für eine Erinnerungskultur im ganzen Land arbeitet. Als ich mich als deutscher Journalist vorstelle, grinst sie nur und fragt mich, ob ich nicht zufällig der Deutsche sei, der sie und ihre Studierenden in der kommenden Woche auf einen Ausflug mit Vertretern von Famidesa begleiten werde. Mariana, so stellt sich heraus, ist eine ihrer Studentinnen und hat mich direkt für die Exkursion angemeldet. Es wird nicht die letzte dieser scheinbar zufälligen Begegnungen bleiben, von denen meine Recherche in Uruguay lebt. Das Land, merke ich schnell, ist so klein und das Netzwerk aus politisch und geschichtlich engagierten Menschen so eng, dass es mir leicht fallen dürfte, schnell die richtigen Kontakte zu knüpfen.

2. Historischer Kontext

2.1 Aus der Krise in die Diktatur

Vor der großen Katastrophe steht oft eine lange anhaltende Krise. In Uruguay ist diese zunächst eine wirtschaftliche und beginnt in den sechziger Jahren, nach einer Phase politischer Stabilität und großen Wohlstandes. Während der Rest der Welt sich an den Fronten des Zweiten Weltkriegs aufreibt, exportiert das neutrale Uruguay Agrarprodukte, vor allem Rindfleisch, Wolle und Leder, in die ganze Welt. Bis in die 1950er Jahre hinein gehört der Lebensstandard der Uruguayer zu den höchsten weltweit. Doch als sich die Volkswirtschaften erholen, in Europa und den USA synthetische Ersatzprodukte für Wolle und Leder erfunden werden und die Nachfrage an den Gütern aus Uruguay nachlässt, beginnt die Wirtschaft des Landes zu kriseln. Als Gegenmaßnahme beschließt die Regierung, den Sozialstaat zu stützen und Gehälter einzufrieren. Die Arbeiterbewegung antwortet mit einer Welle von Streiks – und in Montevideo bildet sich eine marxistische Stadtguerilla, das Movimiento de Liberación Nacional, im Volksmund „Tupamaros“, die Attentate und Entführungen von Diplomaten, Politikern und Industriellen verübt und Banken ausraubt. Im Kampf gegen die Guerilla schränkt die Regierung durch einen Ausnahmezustand die Grundrechte ein und beauftragt 1971 das bis dahin vergleichsweise unbedeutende uruguayische Mili-

tär damit, die Guerilla zu bekämpfen. Es ist der erste Schritt in Richtung der zivil-militärischen Diktatur.

1971 bekommt Uruguay mit Juan María Bordaberry einen neuen Präsidenten. Von Beginn an, so sagen Experten heute, ist die Kooperation mit den Militärs Teil seiner Strategie, um seine nur knappe Mehrheit im Parlament abzusichern. Es ist ein schleichender Weg in die Diktatur: 1972 erklärt Bordaberry den inneren Kriegszustand, um noch härter gegen die Guerilla vorgehen zu können und sieht sich im November 1972 am Ziel: Die Rebellen sitzen in den Gefängnissen des Landes in Haft, die Streitkräfte erklären die Tupamaros für zerschlagen. Doch anstatt zur Normalität zurückzukehren, wird Uruguay endgültig zu einer Diktatur: 1973 löst Bordaberry das Parlament auf. Die Macht liegt von nun an beim neu eingerichteten Nationalen Sicherheitsrat, der von den Oberbefehlshabern der Streitkräfte dominiert wird.

2.2 Die zivil-militärische Diktatur von 1973 bis 1985

Nach der Machtübernahme bedient das zivil-militärische Regime die volle Klaviatur eines autoritären Regimes und setzt die Grundrechte außer Kraft. Mit der Begründung, die „Subversion“ bekämpfen zu wollen, wird die Repression auf die gesamte Opposition ausgeweitet. Die Medien werden eingeschränkt, unabhängige Universitäten geschlossen und dem Militär unterstellt, Gewerkschaften und linke Parteien verboten. Lediglich die beiden traditionellen Parteien, die Partido Blanco und die Partido Colorado, bleiben erlaubt, aber ebenso machtlos. Das politische Leben steht still.

Derweil werden alle Bürger einer Kategorie zugeordnet, abhängig davon, welche Gefahr die Militärs in ihnen sehen. Bürger der Kategorie A gelten als regimetreu und vertrauenswürdig und übernehmen öffentliche Ämter in Behörden oder Bildungseinrichtungen. „B-Bürger“ stehen unter ständiger Beobachtung des Regimes, weil ihnen beispielsweise Nähe zu Staatsfeinden nachgesagt wird, die der Kategorie C zugeordnet sind und die verfolgt und entrechtet werden.

In ihrem repressiven Vorgehen unterscheidet sich Uruguays Diktatur von den Regimen in Chile oder Argentinien. Während dort zehntausende ermordet werden und gewaltsam verschwinden, werden Oppositionelle in Uruguay vor allem verhaftet, gefoltert und für mehrere Jahre eingesperrt. Nach Angaben von Amnesty International ist Uruguay damals gemessen an seiner Gesamtbevölkerung das Land mit den meisten politischen Gefangenen weltweit. 40.000 bis 60.000 Uruguayer werden verhaftet, etwa 6.000 von ihnen bleiben für mehrere Jahre im Gefängnis. Systematische Folter gehört dabei

zur Methode: Das Regime erwirbt sich den zweifelhaften Ruf, das Quälen von Menschen zu perfektionieren. Ex-Gefangene berichten unter anderem von Prügel bis zur Bewusstlosigkeit, tages- und nächtelangem Stehen bis zur völligen Erschöpfung, inszenierten Hinrichtungen, Streckbänken und sexueller Vergewaltigung. Der US-amerikanische Senator Frank Church nennt Uruguay damals eine „Folterkammer“. Mindestens 350.000 Uruguayer verlassen in dieser Zeit ihr Land. Angesichts einer Gesamtbevölkerung von nur etwa drei Millionen Menschen ist das ein wahrer Exodus.

Gleichzeitig ist die Flucht zumindest für diejenigen, die auf dem südamerikanischen Kontinent bleiben, nicht die erhoffte Rettung. Denn Mitte der siebziger Jahre wird aus dem Staatsterror innerhalb der Landesgrenzen ein transnationales Komplott, ein staatenübergreifender Kampf gegen den Kommunismus. Uruguays Regime und die diktatorischen Regierungen von Argentinien, Paraguay, Chile, Bolivien und Brasilien verbünden sich im Rahmen einer Geheimoperation, dem „Plán Condor“. Sie tauschen Informationen aus und verhaften, verschleppen und ermorden linke Oppositionelle auf dem ganzen Kontinent, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Der US-amerikanische Geheimdienst CIA unterstützt die Operation. Der Großteil der 192 uruguayischen Desaparecidos verschwindet in Argentinien. Das dortige Regime – ergeben Ermittlungen später – setzt dabei unter anderem auf so genannte „Todesflüge“, um möglichst keine Spuren zu hinterlassen: Opfer werden bei lebendigem Leibe über dem Río de la Plata und dem Atlantik aus Flugzeugen und Helikoptern geworfen. Die Öffentlichkeit erfährt von diesen Vorgängen, als immer wieder leblose Körper an Uruguays Ostküste angespült werden.

Im Unterschied zu anderen autoritären Regimen sehen Uruguays Militärs ihre Herrschaft offiziell nur als eine Art Übergangsmodell. Mittelfristig soll das Land wieder zu einer Demokratie werden, die im Rahmen der konservativen Wertevorstellungen der Militärs agiert. Im Jahr 1980 ruft das Militär zu einer Volksabstimmung auf. Die Idee: Das Volk soll einer Verfassungsänderung zustimmen, die den staatlichen Einfluss des Militärs dauerhaft legitimiert. Wider Erwarten scheitert das Referendum: Nur 42,8 Prozent der Bürger stimmen für die Änderung. Die Demontage der Diktatur beginnt: Immer mehr Bürger beginnen gegen das Regime zu demonstrieren. Im November 1983 nehmen angeblich rund 400.000 der drei Millionen Einwohner Uruguays an einem Protestmarsch teil. 1984 folgt der erste Generalstreik seit Beginn der Diktatur. Im Hintergrund laufen längst die Verhandlungen zwischen Militärs und Parteivertretern über die Rahmenbedingungen für eine Rückkehr in die Demokratie. Die Details des so genannten Club-Naval-Pakts, benannt nach dem exklusiven Etablissement an Montevideos Strandpromenade, in dem die Verhandlungen stattfanden, sind bis

heute unbekannt. Unter anderem, so wird vermutet, wird dort hinter verschlossenen Türen angeblich eine Generalamnestie für die Menschenrechtsverletzungen der Militärs vereinbart.

Am 25. November 1984 finden dann erstmals wieder demokratische Wahlen statt. Der Colorado-Politiker Julio Maria Sanguinetti wird der erste post-diktatorische Präsident Uruguays und übernimmt am 1. März die Regierungsgeschäfte. Im Wahlkampf hat er dafür geworben „das Blatt zu wenden“, also einen kompletten Neustart zu machen. Seine Transitionspolitik folgt diesem Prinzip: Nachdem sie direkt nach der Diktatur die politischen Gefangenen entlassen und geschasste Beamte wieder in den Dienst integriert hat, verabschiedet seine Regierung das Gesetz 15.848, das so genannte „Ley de Caducidad“ („Hinfälligkeitsgesetz“). Es garantiert allen Polizisten und Militärs Straffreiheit für Verbrechen zwischen Staatstreich und Wiedereintritt in die Demokratie – und gilt heute als Wurzel der zögerlichen Aufarbeitungspolitik des Landes.

3. Die Suche nach den Desaparecidos

3.1 Die Suche der Angehörigen

An einem Hügel über der Stadt, am Fuße der historischen Festung von Montevideo, hat die Geschichte eine Gestalt bekommen. Grober Naturstein ragt feindlich aus einem Becken, so groß wie ein Swimming Pool. Darüber führt ein schmaler Weg, eingerahmt von zwei mannshohen Glaswänden an den Seiten. Darauf stehen in weißer Farbe 174 Namen:

Maria Islas Gatti / Carlos Severo / Eduardo Chizzola / Ricardo Del Fabro / Elba Lucía Gándara Castromán / Ataliva Castillo Lima / Ricardo del Fabro /

Es sind die Namen von Uruguays Desaparecidos, den Menschen, die während der zivil-militärischen Diktatur der siebziger und achtziger Jahre spurlos verschwanden und deren Leichen bis heute nicht gefunden worden sind. Die Opferzahl ist mittlerweile veraltet, 192 verschwundene Uruguayer benennen die offiziellen Zahlen heute. Das Denkmal – 100 Meter entfernt vom Ufer des mächtigen, kaffeebraunen Río de la Plata – soll dafür sorgen, dass sie und ihre Geschichten nicht vergessen werden.

An einem kühlen Tag im November hat sich zwischen den beiden Glasscheiben eine Gruppe von etwa 20 Personen versammelt. Die meisten von ihnen sind Anfang 20: Dreadlocks, Sneaker, Hipster-Bart, Politikstudenten und -studentinnen von der Universidad de la República, der staatlichen Universität von Montevideo. Und da ist Olga Ramos, eine kleine Frau Mitte 80, gestützt auf einen Gehstock, fast ganz in Schwarz gekleidet, eine getönte

Brille auf der Nase. Mit lauter Stimme erzählt sie die Geschichte, die sie schon so oft erzählt hat, dass sie sich an jedes kleine Detail erinnert: Hausnummern, Straßennamen, das genaue Datum der Ereignisse, die schon Jahrzehnte zurück liegen. Die Geschichte handelt von ihrer Tochter Ileana Sara María und ihrem Schwiegersohn, Edmundo Sabino. Von politischem Aktivismus. Von Jahrzehnten der Suche, von Wut, Verzweiflung und Einsamkeit. Von Ohnmacht. „Ich hätte nie gedacht, dass sie sie einfach so verschwinden lassen würden“, sagt Ramos. „Ich dachte, sie würden meiner Tochter ein paar Ohrfeigen geben und meinen Schwiegersohn vielleicht für zwei, drei Jahre wegsperren, im schlimmsten Fall. Aber dass sie für immer verschwinden würden? Ich habe nicht einmal geahnt, dass diese Dinge passieren.“

Ende Dezember 1977, kurz nach Weihnachten, als es in Montevideo gerade so richtig heiß wird und das Land wegen der landesweiten Sommerferien lahm liegt, zieht Olga Ramos‘ den Brief aus ihrem Briefkasten, der ihr Leben auf den Kopf stellt. Der Absender ist ein Mann aus Buenos Aires, der sich als der stellvertretende Verwalter des Hauses vorstellt, in dem ihre Tochter und ihr Schwiegersohn leben. Kurz nach der Machtübernahme durch das Militär im Juni 1973 waren die beiden nach Argentinien ausgewandert, um der Repression zu entgehen. Das Regime hatte damit begonnen, politisch aktive Studierende und andere Oppositionelle zu verfolgen. Ileana und Edmundo sind Mitglieder der „Grupos de Acción Unificadora“ (GAU), einer studentischen linken Aktivistengruppe, die den Tupamaro-Rebellen nahe steht, selbst aber keine gewalttätigen Aktionen durchführt.

Als Olga Ramos den Brief gelesen hat, reist sie sofort nach Buenos Aires. Dort bestätigen ihr Nachbarn der beiden die Geschichte des Hausverwalters: Am 22. Dezember 1977, berichten sie, biegen kurz vor Mitternacht drei Autos in die Straße Lavalle im Norden von Buenos Aires ein und halten vor dem Gebäude mit der Hausnummer 1494. Bewaffnete Männer in zivil dringen in Apartment 12A, die Wohnung der beiden, ein und verhaften sie und ihren Mitbewohner Alfredo Bosco. Die Männer prügeln auf die drei Uruguayer ein, stoßen sie die Treppen hinab, entreißen Ileana ihre sieben Monate alte Tochter Soledad. Das Mädchen lassen die Männer beim Nachtwächter zurück und sagen diesem, sie seien von der argentinischen Polizei.

Für Olga Ramos beginnt an diesem Tag eine Suche, die bis zum heutigen Tag andauert und jeden Morgen aufs Neue mit dem ersten Wimpernschlag beginnt. Es ist ein Kampf, der aus der unpolitischen Hausfrau und Mutter eine Aktivistin gemacht hat. Er hat sie in die Wartezimmer unzähliger Botschaften geführt, in Präsidentenbüros, in einen Gerichtssaal in Rom und er hat vor allem viele Rückschläge für sie bereitgehalten. Noch während der Diktatur organisieren sich Olga Ramos und die Angehörigen anderer Vermisster, 1983 gründen sie die Organisation „Madres y Familiares de Urugu-

ayos Detenidos Desaparecidos“ (Famidesa), die sich bis heute wöchentlich trifft und über neue Aktionen berät. Mit großformatigen Fotografien ihrer Lieben in den Händen ziehen sie durch die Straßen von Montevideo und fordern Informationen über den Verbleib der Desaparecidos. „Es geht dabei gar nicht darum zu wissen, was nun speziell mit meinem Angehörigen passiert ist“, sagt Elena Zaffaroni, eine von Ramos‘ Bekannten bei Famidesa. „Aber wenn du einmal verstanden hast, wie es ist, den Schutz des Staates zu verlieren, dann kannst du das nicht mehr ignorieren.“

Wo Olga Ramos all die Jahre auch nach Hinweisen zum Verschwinden ihrer Lieben sucht, ist die Antwort stets die gleiche, in Uruguay wie in Argentinien: Ileana und Edmundo seien vermutlich verweist, man wisse nichts über ihren Verbleib. Weder Militär noch Polizei hätten mit ihrem Verschwinden zu tun. Dass das eine Lüge ist, weiß Ramos spätestens, als sie Ende der Siebziger Jahre einen Anruf von einer Frau namens Adriana Chamorro erhält: Sie sei, erzählt sie, im März 1978 eine Mitgefangene von Ileana und Edmundo im argentinischen Militärgefängnis „Pozo de Banfield“ gewesen. Als sie in ein anderes Gefängnis verlegt worden seien, habe sie ihre Spur verloren.

Die Suche nach den Verschwundenen bleibt ein Kampf gegen Windmühlen und – zumindest bis in die späten 1990er Jahre – auch einer, an dem sich kaum mehr als diejenigen beteiligen, die direkt unter der Diktatur gelitten haben. Die Mehrheit des uruguayischen Volkes akzeptiert das Geschehene schweigend, sehnt sich nach Normalität nach langen Jahren des innergesellschaftlichen Konflikts. Die Militärs streiten gleichzeitig jede Verantwortung ab, erklären die Opfer der Diktatur zum Ergebnis vereinzelter gewalttätiger Ausrutscher und schweigen. Die Regierungen unter Julio Maria Sanguinetti und Luis Alberto Lacalle bleiben für fast zwei Jahrzehnte tatenlos. Jorge Batlles „Comisión para la Paz“ ist Anfang des Jahrtausends eine erste ernsthafte Bemühung, gilt heute aber eher als Maßnahme, um einen Schlussstrich zu ziehen, denn als ernsthaftes Instrument der Wahrheitssuche. Als die Angehörigen sich in den frühen 2000er Jahren vor dem Sitz des Präsidenten am Unabhängigkeitsplatz versammeln, taucht einer der Minister des damaligen Präsidenten Jorge Batlle auf. „Die Desaparecidos sind alle tot!“, sagt er. Ihre Suche scheint er zu meinen, habe keinen Zweck. „Es gibt keine Toten ohne den Namen des Mörders, ohne Beweise, ohne eine Leiche“, antwortet Ramos‘ Enkelin Soledad, die zu diesem Zeitpunkt bereits eine junge Frau ist. „Erst wenn wir diese Informationen haben, können wir sie für tot erklären – aber bis dahin sind das Lügen!“

Soledad, sagt Olga Ramos, sei für sie all die Jahre der Antrieb gewesen, der sie nicht rasten ließ. Nur mit viel Glück und der Unterstützung einer argentinischen RichterIn darf Ramos die Kleine mit nach Montevideo nehmen

und zieht sie groß, bemüht um eine Normalität, die es unter diesen Umständen nicht geben kann. „Eines Tages kam die Kleine zu mir gerannt und rief ‚Mama!‘“, erzählt Ramos. Ihr fehlen die Worte. Wie soll sie einem kleinen Mädchen, das gerade erst gelernt hat zu sprechen, erklären, dass sie keine Eltern mehr hat? Sie entscheidet sich, es ihr langsam beizubringen, sie verstehen zu lassen, ohne vom Tod zu erzählen: „Ich sagte: ‚Ach, was habe ich nur für eine süße Enkelin. Viele Omas haben süße Enkelinnen und du bist eine davon! Jetzt geh zu deinem Opa und sag zu ihm: ‚Opa, Oma sagt, dass du ihr helfen sollst!‘““

Die Diktatur, sagt Ramos heute, sei deshalb so schlimm gewesen, weil sie nicht nur Menschen verschwinden ließ und quälte, sondern vor allem, weil sie bis heute in den Leben der Folgegenerationen nachwirke, weil sie die Gesellschaft langfristig verwundet habe. Ihre Urenkel, deren Fotos sie neben denen ihrer Tochter und ihres Schwiegersohns im Wohnzimmer ihrer kleinen Wohnung aufgestellt hat, sollen Antworten bekommen, wenn sie fragen, was mit ihren Großeltern geschehen ist. Längst haben Vertreter von Famidesa öffentlich geäußert, es stehe nicht mehr die Suche nach den Desaparecidos im Mittelpunkt ihrer Arbeit, sondern Aufklärungsarbeit, die verhindern soll, dass Geschichte sich wiederholt. Olga Ramos, mittlerweile 87 Jahre alt und seit 40 Jahren auf der Suche, sieht das anders. Das gewaltsame Verschwinden ihrer Tochter hat sie an die Vergangenheit gekettet, hat einen Schmerz hervorgerufen, mit dem sie nicht abschließen kann, weil sie keine Möglichkeit dazu bekommen hat, Abschied zu nehmen. Sie wird weiter machen, so lange wie ihr Körper ihr die Möglichkeit gibt. „Jeden Tag“, sagt Ramos, „wache ich mit der kleinen Illusion auf: Heute könnte ich etwas erfahren!“

Für Unbeteiligte mag Olga Ramos‘ hartnäckige Suche verzweifelt wirken, vielleicht auch ein wenig unsinnig, schließlich sind ihre Tochter und ihr Schwiegersohn ohne Zweifel ohnehin längst tot. Für Cristina und Ana-Cecilia Blanco ist der Kampf das logischste der Welt. Die beiden Schwestern, die zwölf Jahre voneinander trennen und die sich doch ähneln, wie sich Schwestern nur ähneln können, mit ihrem rotbraunem Haar, den nussbraunen Augen und demselben, etwas schiefen Mund, sitzen im Schneidersitz im Grünen und erzählen von der Erlösung.

Am 8. Juni 2012, 34 Jahre nach seinem Verschwinden, kehrt ihr Vater zurück in seine Heimatstadt Mercedes. Ein langer Autokorso rollt über die Landstraße aus Montevideo in die Provinzhauptstadt im Westen Uruguays. Hunderte Menschen säumen den Straßenrand, applaudieren, die roten Fahnen der Gewerkschaft wehen über ihren Köpfen. Drei Monate zuvor, am 15. März gegen 14:30 Uhr hat das von der Linksregierung eingesetzte Team aus forensischen Anthropologen der Universidad de la República in der Gru-

be mit der Ordnungsnummer 199 auf dem Kasernengelände „Batallón 14“ menschliche Knochen freigelegt. „Ein Kollege erzählte mir von dem Fund und ich fragte ihn, ob man wisse, ob es die Knochen eines Mannes oder einer Frau seien“, erzählt Ana-Cecilia. „Als er sagte, es sei ein Mann, wusste ich, dass es mein Vater war. Wir wussten es alle, Cristina, unsere Mutter und ich.“ Forscher entnehmen den Schwestern Blut, vergleichen die DNA mit der der Leiche – ein Treffer, mit 99 prozentiger Wahrscheinlichkeit. Wenige Wochen später vermeldet es auch die Presse: Der Tote aus Batallón 14 ist der vermisste Gewerkschafter Ricardo Blanco, Cristinas und Ana-Cecílias Vater. Er ist der vierte und bislang letzte der 192 verschwundenen Uruguayer, der bei den Ausgrabungsarbeiten der Anthropologen gefunden wird.

Für die beiden Schwestern ist der Fund eine Befreiung, nach Jahren, in denen das Verschwinden ihres Vaters ihr Leben nicht dominiert, aber doch belastet hat. Ricardo Blanco verschwindet kurz nach Cristinas 15. Geburtstag, im Januar 1978. Ana-Cecilia, damals ein Kleinkind von zwei Jahren, erzählt, sie erinnere sich noch erstaunlich genau an diesen Tag, an dem sie ihren Vater zum letzten Mal gesehen hat: An die Freunde ihrer Schwester, an ihre Mutter, an das Gesicht ihres Vaters. „Die Gäste und meine Schwester machten ein Gruppenfoto und mein Vater setzte mich auf einen kleinen Hocker, damit ich auch mit auf das Bild konnte“, erzählt sie. „Ich glaube nicht, dass diese Erinnerungen Zufall sind. Sie sollen mich daran erinnern, wie wichtig es ist, eine Familie um sich zu haben.“ Einige Tage danach kommen Militärs in Ricardos kleinen Lebensmittelladen und nehmen ihn mit. Seine Frau, die Mutter der beiden Schwestern, halten sie für eine Nacht in ihrem eigenen Haus fest, um sie zu verhören. „Von da an waren es nur noch wir drei“, sagt Cristina und erzählt, wie sie sich manchmal wie eine Aussätzige gefühlt habe, vom Stigma, vom Blut eines Mannes zu sein, den die Regierung als Staatsfeind betrachtete. „Es gab Unterstützung, aber es gab auch diejenigen, die die Straßenseite wechselten, um nicht mit uns reden zu müssen.“

Als ihr Vater über 34 Jahre später in einem Sarg nach Mercedes zurückkehrt, erleben das die beiden Schwestern auf unterschiedliche Art und Weise. Für Cristina, die ältere der beiden, die ihren Vater bewusst erlebt hat, ist es ein später Abschied. Sie findet ihren Frieden mit ihrer Geschichte, ohne einen Vater erwachsen geworden zu sein, aber auch mit den Menschen in Mercedes, ihrer Geburtsstadt, die sie zu diesem Zeitpunkt längst verlassen hat. „Als ich die Menschen in den Straßen gesehen habe, die applaudierten, die Menschenmassen, die uns zum Friedhof begleiteten: Da habe ich mich auch mit dieser Stadt versöhnt“, erzählt sie. Ana-Cecilia, für die ihr Vater immer eine abstrakte Gestalt geblieben war, die sie nur von Bildern, Erzählungen und den losen Erinnerungen an den kleinen Hocker und das Foto

kennt, sagt hingegen, sie habe ihren Vater an diesem Tag zum ersten Mal ganz nah gespürt. „Ich hatte ihn bei mir“, sagt sie. „Es war für mich eine späte Annäherung.“

Die beiden sagen, mit dem Tag des Fundes hätten sie mit der Geschichte abgeschlossen und seien in den Alltag zurückgekehrt, in dem die Diktatur und die Gewalt des Staates keine große Rolle mehr spielen. Diese Leichtigkeit wünschen sie auch den Kindern, Ehepartnern und Eltern jener, die bis heute verschwunden sind – den Familien der Desaparecidos, von denen bis heute jede Spur fehlt.

3.2 Die Suche des Staates: 32 Jahre und kaum Ergebnisse

Als seine Mitarbeiter am 29. November 2005 Meter unter der Erde auf Knochen stoßen, denkt José López Mazz an Fußball. „Es war als würdest du 0:8 hinten liegen, müsstest aber nur dieses eine Tor schießen, um zu gewinnen“, sagt er, elf Jahre nachdem sein Team getroffen hat. „Das waren intensive Gefühle für mich als Wissenschaftler.“ López Mazz, ein großer schlanker Mann Ende 50, leitet damals im November 2005 das Team aus forensischen Anthropologen (GIAF), das auf einem Gelände der Luftwaffe in der Nähe der Stadt Pando erstmals die Gebeine eines uruguayischen Desaparecidos findet. Kurz darauf werden sie Ubagesner Chavez Sosa zugeordnet, einem Metallarbeiter und Mitglied der kommunistischen Partei Uruguays, der am 28. Mai 1976 verhaftet worden und dann spurlos verschwunden war.

Wenige Monate zuvor, im Juni 2005 hat die GIAF im Auftrag des Präsidenten Tabaré Vázquez ihre Arbeit aufgenommen und kämpft zunächst vor allem gegen Kritik von Seiten der Militärs und konservativer Politiker. „Der erste Fund war vor allem deshalb wichtig, weil die Leute so endlich erfahren, dass es die Desaparecidos in Uruguay wirklich gibt“, sagt José López Mazz, heute. „Das hat die öffentliche Stimmung sehr beeinflusst.“ Der Fund des ersten Verschwundenen gilt in Uruguay als ein Durchbruch nach zwei Jahrzehnten ausgesprochen zögerlicher Aufarbeitungspolitik. Dabei hatte Uruguays erste Regierung nach der Diktatur mit dem Ley de Caducidad, dem Amnestiegesetz von 1986, auch ein Versprechen gemacht: Militärs und Polizisten werde zwar Straffreiheit garantiert, doch trotzdem – so besagte Artikel 4 – sollten die Vermisstenfälle der Diktatur aufgeklärt werden. Die ersten Versuche, diesem Artikel zu entsprechen, fielen zaghaft und unentschlossen aus: Die Ermittlungskommission der Regierung von Julio María Sanguinetti, ein schwaches Organ ohne Unterstützung der Exekutive und eigene Ermittlungskompetenzen, fertigte lediglich einen informellen

Bericht an, dessen Ergebnisse nur durch Recherchen einer Zeitung an die Öffentlichkeit kamen. Neben einer Zusammenfassung der angezeigten Vermisstenfälle beschränkte sich der Bericht auf die Behauptung, es könne keine systematische Beteiligung der Streitkräfte an den Vermisstenfällen nachgewiesen werden. Obwohl der Bericht als manipuliert galt und er keine konkreten Antworten gab, sah die Regierung von weiteren Nachforschungen ab.

Auch die „Comisión para la Paz“ der Regierung von Jorge Batlle, die 2003 ihren Abschlussbericht vorlegte, erfüllte den Anspruch, die Fälle aufklären zu wollen, höchstens im Ansatz. Ihre Ergebnisse seien lediglich „eine mögliche Wahrheit“, schrieb die Kommission selbst fast entschuldigend. Diese hatte keinerlei Ermittlungskompetenz, sondern beschränkte sich darauf, Informationen entgegen zu nehmen und zu bündeln. Zwar erkannte die Regierung Batlle im Rahmen dieses Prozesses erstmals an, dass auch der uruguayische Staat Menschen hatte verschwinden lassen, distanzierte sich aber von den heute nachgewiesenen Vorwürfen, das auch zu Fällen gewaltsamen Verschwindens von Uruguayern in anderen Ländern eine Verbindung bestand. Schon die Anzahl der untersuchten Vermisstenfälle sorgte für Kritik unter den Angehörigen, weil unter anderem Zeugenaussagen zur Existenz eines zweiten „Todesfluges“ mit uruguayischen Opfern, bei dem Menschen lebendig über dem Atlantik abgeworfen worden waren, nicht berücksichtigt worden waren.

Präsident Jorge Batlle erklärte die Pflicht des Staates mit Vorlage des Berichtes für abgeschlossen, obwohl über den genauen Verbleib der Desaparecidos nach wie vor kaum Informationen vorgelegt worden waren. Eine weitere Suche, so suggerierte der Bericht, habe keinen Zweck, weil Aussagen von Seiten des Militärs die Hoffnung zunichte gemacht hätte, die Vermissten zu finden: Im Rahmen der „Operación Zanahoria“ (zu Deutsch: Operation Möhre), hätten verantwortliche Militärs die Reste der Desaparecidos nach eigenen Angaben noch vor der Rückkehr in die Demokratie verschwinden lassen. Die Gebeine seien allesamt exhumiert, verbrannt und ins Meer geschüttet worden. Alle Verschwundenen seien dementsprechend tot und die Suche könne eingestellt werden. Spätestens 2011 bestätigten sich die Zweifel der Angehörigen an dieser Version der Geschichte: Auf dem Batallón 14 wurden die Überreste des Lehrers Julio Castro gefunden. Im Abschlussbericht der Comisión para la Paz hatte es noch geheißen, auch seine Asche sei mit der Operación Zanahoria verschwunden. Der Fund seiner Leiche bewies das Gegenteil. Ob und wenn ja in welchem Umfang die Exhumierungen tatsächlich stattgefunden haben oder ob sie in militärischen Führungskreisen gezielt erfunden wurden, um eine mögliche weitere Suche zu torpedieren, ist bis heute umstritten. Der Eindruck, es gehe Batlle eher darum, das Thema

von der Tagesordnung zu nehmen als sie erfolgreich abzuschließen, bestätigte sich, als er zur weiteren Verfolgung der Fälle zwar ein Nachfolge-Sekretariat einrichtete, dieses aber nur mit einer einzigen Mitarbeiterin besetzte, die Angehörige bei bürokratischen Prozessen unterstützen sollte.

Als 2005 mit Tabaré Vázquez erstmals ein Politiker des Linksbündnisses Frente Amplio die Regierung übernahm, erzielte eine uruguayische Regierung erstmals größere Fortschritte in der Suche nach den Desaparecidos. Vázquez bildete neben der Gruppe aus forensischen Anthropologen um José López Mazz auch ein Team aus Historikern, das sich um eine Auswertung der zugänglichen Archive kümmern sollte und später umfassende Berichte zu Folter, politischer Haft, Hinrichtungen und dem gewaltsamen Verschwinden lassen vorlegte. Sie gaben dem Geschehenen erstmals eine Kontur, doch ihre Arbeit erschöpfte sich an der begrenzten Anzahl der Dokumente, zu denen sie Zugang hatten. „Es bestand damals die Vorstellung, dass es das eine Dokument geben könnte, das alle Fragen beantwortet, aber das gibt es natürlich nicht“, erzählt der Historiker Carlos DeMasi von der Universidad de la República. „Deswegen muss man mit möglichst vielen Dokumenten arbeiten und man muss Zeugen suchen.“

Nachdem die GIAF wenige Tage nach dem ersten Fund die Überreste eines zweiten Desaparecidos fand, dauerte es Jahre bis zum nächsten konkreten Erfolg der Gruppe: Der Fund des Professors Julio Castro, dessen Schädel eine Schusswunde aufwies, stellte nicht nur die Existenz der „Operación Zanahoria“ in Frage, sondern widerlegte auch die Behauptung führender Militärs, es habe keine Hinrichtungen, sondern nur Todesfälle durch vereinzelte Exzesse bei der Folter Gefangener gegeben. Im März 2012 fanden Mitglieder der GIAF dann die Leiche von Ricardo Blanco. Seitdem konnten keine weiteren Erfolge mehr vermeldet werden. „Wenn jemand die Regierung fragt, wird sie sagen: ‚Das läuft, wir haben Stellen, die sich kümmern!‘“, sagt Raúl Oliveira von der NGO Observatorio Luz Ibarburu, „aber diese Stellen sind ineffektiv.“ Und Elena Zaffaroni von Famidesa ergänzt, es habe bis heute keine grundlegenden Fortschritte gegeben, sondern immer nur kleine Verbesserungen auf Grund des Engagements der Zivilgesellschaft.

Unterdessen machte die GIAF zuletzt vor allem negative Schlagzeilen. 2014 gab López Mazz die Leitung der Gruppe nach neun Jahren an Alicia Luisardo ab, nachdem er sich mit Mitgliedern der Angehörigenorganisation Famidesa überworfen hatte. Im Frühjahr 2016 erreichte dann ein weiterer Vorfall die GIAF: Während der Osterwoche drangen Unbekannte in die Labore der Gruppe in der humanwissenschaftlichen Fakultät der Universidad de la República ein, stahlen die Festplatten, auf denen die Gruppe ihre Erkenntnisse gesammelt hatte, und hinterließen eine unmissverständliche Dro-

hung: Auf einer Stadtkarte von Montevideo markierten sie die Wohnorte der Mitglieder der Gruppe. Gerade waren nach Angabe des Dekans der Fakultät, Álvaro Rico, zahlreiche neue Hinweise zu möglichen Gräbern eingegangen, in denen Desaparecidos vergraben sein könnten. Kurz darauf berichteten Medien, die Sicherheitsfirma, die mit der Überwachung der Räumlichkeiten beauftragt war, stehe in enger Verbindung mit einem ehemaligen Militärvertreter. Die Ermittlungen in der Sache laufen, konkrete Verdächtige gibt es offiziell noch nicht. „Der Vorfall hält unsere Forscher nicht von ihrer Arbeit ab“, sagt Rico, „aber es ist offensichtlich, dass genau das das Ziel der Täter war.“ Sie wollen die Gruppe einschüchtern, Misstrauen untereinander schüren – ganz wie es die Militärs damals in der Diktatur versucht haben.“

3.3 Die „Grupo de Trabajo por Verdad y Justicia“ – neue Hoffnung oder zahn- und tatenloser Tiger?

Tabaré Vázquez hatte es eilig. Schon kurz vor dem offiziellen Beginn seiner zweiten Amtszeit kündigte Uruguays Präsident im Februar 2015 an, einen neuen Anlauf bei der Aufklärung der Diktaturverbrechen machen zu wollen. Die Arbeit der existierenden Organe stagnierte. Vázquez gründete die „Grupo de Trabajo por Verdad y Justicia“ (GdT), die „Arbeitsgruppe für Wahrheit und Gerechtigkeit“, um die Kräfte der existierenden Gruppen zu bündeln und endlich neue Antworten auf die Fragen zu Uruguays Diktatur zu finden, die bis heute ungeklärt sind. „Wir dürfen nicht untätig bleiben, sondern mit Nachdruck nach den Informationen suchen, die uns fehlen“, sagte Vázquez damals. „Diese Informationen existieren irgendwo, wir müssen sie nur suchen und ich habe große Hoffnung, dass wir erhebliche Fortschritte erzielen können.“

Die GdT soll – das wird im Dekret zu ihrer Gründung deutlich – ein Bindeglied zwischen Politik, Justiz und Zivilgesellschaft sein und startete mit ambitionierten Zielen: Am Ende ihrer Arbeit solle jeder einzelne der Vermisstenfälle aufgeklärt sein. Dafür sollten Zeugenaussagen gesammelt und alle zugänglichen Archive digitalisiert und Angehörigen und der Justiz zur Verfügung gestellt werden. Auch eine Überarbeitung der Entschädigungsgesetze wurde zu einem Teil der Gruppenagenda erklärt. In einem im März 2016 vorgelegten Arbeitsplan ergänzten Vertreter der Arbeitsgruppe, zur Zielsetzung gehöre auch, ein umfassendes Konzept für Gedenkstätten und -veranstaltungen zu erarbeiten und – neben der Suche nach den Desaparecidos im Allgemeinen – die Fälle minderjähriger Opfer sowie die systematische Folter während der Diktatur zu untersuchen.

An die Spitze der Gruppe setzte Vázquez – neben Vertretern der verschiedenen Religionsgemeinschaften – drei Menschen, deren Lebensgeschichte unmittelbar mit der Diktatur verbunden sind: Seinen Vizepräsidenten Raúl Sendic, Sohn des gleichnamigen Ex-Tupamaro-Anführers, und die Abgeordneten Macarena Gelman und Felipe Michelini. Michelinis Vater Zelmar, ein ehemaliger linker Minister und Abgeordneter, wurde als Teil der Operation Condor in Buenos Aires von argentinischen Militärs ermordet. Und die Geschichte Gelmans ist wohl eine der bekanntesten der südamerikanischen Diktaturgeschichte: Ihre Eltern wurden 1976, kurz vor Macarenas Geburt, verhaftet und verschwanden kurz darauf spurlos. Bis heute sind ihre Leichen nicht gefunden worden. Gelman wuchs bei einer Adoptivfamilie auf. Erst 2000, im Alter von 24 Jahren, erfuhr sie von ihrer wahren Identität, nach jahrzehntelanger Suche ihres Großvaters, dem bekannten Dichter Juan Gelman.

Von der Zivilgesellschaft wird die Gruppe allgemein als großer Fortschritt gelobt. „Was Vázquez mit der Grupo de Trabajo versucht, hat eine völlig neue Dimension“, sagt etwa Elena Zaffaroni. Zaffaroni, eine schmale, große Frau mit wildem braunem Haar und randloser Brille, sitzt im unscheinbaren Büro der Hinterbliebenen-Organisation „Madres y Familiares de Detenidos Desaparecidos“ (Famidesa) unweit des pompösen Parlamentsgebäudes in Montevideo und zieht gemächlich am Strohalm ihres Mate-Tees. Erstmals gebe der Staat den Angehörigen das Gefühl, ihnen bei ihrer Suche den Rücken zu stärken. „Die Arbeitsgruppe hat eine viel offenere Haltung, was den Zugang zu Informationen für die Zivilgesellschaft anbelangt als ihre Vorgänger.“ Dieser Zugang ist für die Angehörigen deshalb so wichtig, weil sie im uruguayischen Justizsystem selbst in der Beweispflicht sind: Wollen sie erreichen, dass ein Militär verurteilt wird, müssen sie die Dokumente vorlegen, die seine Verstrickung in Menschenrechtsverletzungen beweisen.

Gleichwohl ist die große Euphorie, die die Gründung der Arbeitsgruppe in Teilen der Zivilgesellschaft kurzfristig ausgelöst hatte, zumindest teilweise verflogen. Am 30. August 2016, dem Internationalen Tag der Verschwundenen, trat Elena Zaffaroni in der Nationalbibliothek Montevideos vor die uruguayische Presse und bemängelte öffentlich fehlende Fortschritte in der Arbeit der GdT. Um zu Resultaten zu kommen, brauche es „mehr Nachdruck und Durchschlagskraft“, sagte Zaffaroni. Die Hinweise zu Vermisstenfällen, die seit der Gründung der Gruppe eingegangen sind, werden später als geplant erst im Jahr 2017 weiter verfolgt. Zumindest die Digitalisierung des Archivmaterials ist laut des GdT-Vertreters Felipe Michelini „weit fortgeschritten“ und aus dem Umfeld der Gefangenen-Organisation CRY SOL ist zu hören, dass auch ein neues Entschädigungsgesetz auf einem guten Weg sei.

„Um die Arbeit der Gruppe bewerten zu können, müsste sie endlich Ergebnisse vorlegen“, sagt auch Francesca Lessa von der Universität Oxford, die sich als Schwerpunkt ihrer Arbeit mit der Vergangenheitspolitik in Uruguay und Argentinien beschäftigt und jedes Jahr mehrfach nach Montevideo reist. Die Biologie schreite schneller voran als die Suche nach der Wahrheit. Viele der Täter, Opfer und Angehörigen sind mittlerweile verstorben, die meisten anderen im hohen Alter. „Die Familien können keine weiteren 40 Jahre warten“, sagt Lessa. „Ihnen geht die Zeit aus.“ Die Gruppe sei zudem in ihrer Aufgabenstellung dem Historikerteam von 2005 zu ähnlich. Die Ressourcen, findet Lessa, wären in der Unterstützung der Justiz besser aufgehoben, etwa bei einem Team aus auf Menschenrechtsverletzungen spezialisierten Staatsanwälten, wie Chile und Argentinien sie eingesetzt haben.

Im Januar 2016 führte die Unzufriedenheit mit dem Vorgehen der Arbeitsgruppe dann sogar zu einem medienwirksamen Aufreger in Uruguays Zivilgesellschaft: Die damalige Generalsekretärin des „Sekretariats für Menschenrechte in der jüngeren Vergangenheit“ (SDH), Isabel Wschebor, legte ihr Amt nach Meinungsverschiedenheiten mit der Führung der Arbeitsgruppe nieder. Unter Führung des SDH sind seit 2005 das universitäre Team aus Historikern sowie das aus Archäologen und forensischen Anthropologen (GIAF) beschäftigt, die Archive zu durchsuchen beziehungsweise bei der Suche nach den Überresten der Verschwundenen die Ausgrabungen auf Militärgeländen zu übernehmen. SDH und GdT arbeiteten offenbar mehr neben- als miteinander, obwohl ihre Aufgabenfelder sich überschneiden und beide Institutionen im gleichen Gebäude unweit des Unabhängigkeitsplatzes untergebracht sind. „Es existieren zwei unterschiedliche Vorgehensweisen und es hat sich gezeigt, dass beide zusammen nicht funktionieren“, sagte Wschebor kürzlich in einem Interview mit der Wochenzeitung „Busqueda“ in Richtung der Arbeitsgruppe. „Die eine ist es, raus aufs Feld zu gehen und die andere, solange abzuwarten, bis man nicht mehr sicher ist, was zu tun ist, nur um der Gesellschaft nicht zu viel zuzumuten.“ Die Andeutung, es fehle der Arbeitsgruppe bislang an Erfolgen, weil sie zögerlich agiere, bekräftigte auch der Archäologe Camillo Collazo, der das SDH gemeinsam mit Wschebor verließ. „Es mangelt an Entscheidungsbereitschaft“, sagte Collazo. „Wir stellten Dokumente bereit und doch ging nichts voran. Wir bekamen nicht einmal eine Antwort. Es fehlt an Kontinuität und politischen Entscheidungen, konkrete Schritte zu gehen.“

Felipe Michelini, einer der Leiter der GdT, ein hünenhafter, glatter Typ mit Brille und wenig Zeit, reagiert ungehalten auf die Kritik. Es gebe nun mal keinen magischen Zauberstab, der Probleme in Luft auflöse. „Wir kämpfen sowohl gegen die Zeit als auch gegen eine Straflosigkeit, die nicht nur mit den Tätern zu tun hat, sondern mit der ganzen Gesellschaft, die nicht gewillt

war, die Zeit aufzuklären“, sagt Michelini. Der Schweigepakt der Militärs, fehlender politischer Wille, diesen zu brechen, die träge Justiz – diese über Jahrzehnte gewachsene Untätigkeit aufzubrechen, scheint Michelini sagen zu wollen, brauche nun mal seine Zeit. Doch er sieht Fortschritte: Neben der katholischen Kirche hat sich mittlerweile offenbar auch die Führungsebene der uruguayischen Streitkräfte dazu bereit erklärt, der Gruppe Zugang zu ihren Archiven zu geben, in denen wertvolle Informationen zu Diktaturverbrechen zu finden sein könnten. Nach Jahrzehnten der Desinformation, in denen die Vertreter des Militärs entweder schwiegen oder gar gezielt Falschinformationen zu Foltervorwürfen und dem Standort der Vermissten streuten, ist das für Michelini „eine bedeutende Veränderung“. In Kürze soll bei einem Treffen zwischen Vertretern der Universität und der GdT eine neue Aufgabenteilung beschlossen werden, um Kompetenzgerangel, wie beim Streit mit Isabel Wschebor, künftig zu vermeiden.

Parallel laufen auf zwei Militärgeländen die Ausgrabungsarbeiten durch das Team aus forensischen Anthropologen und Archäologen (GIAF) weiter: Auf dem Batallón 13, wo 2005 die sterblichen Überreste des Schriftstellers Fernando Miranda gefunden wurden, und einem Kasernengelände im Departamento Canelones, wo Angehörigenverbände ein Massengrab vermuten. Weitere Suchen könnten beginnen, wenn in den kommenden Monaten die Auswertung der neuen Zeugenaussagen neue Spuren bringt. „Das ist eine Arbeit, die viel Geduld erfordert“, sagt Michelini und bremst wieder die hohen Erwartungen, die Opfer und Angehörige in seine Gruppe stecken. „Es wird – und das haben wir schon gesagt, als wir vom Präsidenten eingesetzt wurden – keine bahnbrechenden neuen Anzeigen und Erkenntnisse geben.“ Doch Michelini weiß, dass die Gesellschaft die Arbeit seiner Gruppe kritisch beobachtet und sie schnellstmöglich Ergebnisse vorweisen muss. Denn die biologische Uhr tickt, auf Seiten der Täter wie der Opfer, gegen sie.

4. Die juristische Aufarbeitung

4.1 Straffreiheit per Gesetz – Ex-Präsident Sanguinetti und das Ley de Caducidad

Hinter den graubraunen Wänden, die einst Tausenden die Freiheit nahmen, kauft Montevideo heute Sneaker und Unterwäsche. Punta Carretas, ein steinerner Klotz im Süden der Hauptstadt, war während der Diktatur eines der wichtigsten politischen Gefängnisse des Regimes. Als es 1994 zu einer Shopping Mall umgebaut wurde, füllte sich dieser Ort voller historischer

Bedeutung mit Läden, die so austauschbar sind wie in den Einkaufszentren deutscher Kleinstädte. Für kritische Beobachter der historischen Entwicklung des Landes ist Punta Carretas ein Symbol dafür, wie Uruguay mit seiner Diktatur umgegangen ist: Dass es verdrängt hat, statt zu erinnern. Und dass es sich dazu entschieden hat, zu vergessen statt zu bestrafen.

Der Mann, der wie kein anderer für diese Politik steht, hat sein Büro keine 100 Meter vom Einkaufszentrum entfernt. Julio María Sanguinetti, Uruguays erster Präsident nach Ende der Diktatur, ein charismatischer Mann Anfang 80, wache Augen, Theo-Waigel-Brauen, beiger Anzug, sitzt zwischen vollgestopften Bücherregalen und abstrakten Kunstwerken und sagt, er habe das richtige getan. „Uns stellte sich die Frage, ob wir in der Demokratie ankommen oder uns mit moralischen Fragen beschäftigen und Aufruhr provozieren wollten“, sagt Sanguinetti. Schon im Wahlkampf hatte er für eine Amnestie und einen „Wandel im Frieden“ geworben und erklärt, man müsse „ein neues Kapitel aufschlagen und nach vorne schauen“. Ein klarer Schlussstrich, argumentiert Sanguinetti bis heute, sei notwendig gewesen, um das Land zu befrieden und zu versöhnen.

Der Schlussstrich trug die Gesetzesnummer 15.848. Mit dem Ley de Caducidad, dem „Hinfälligkeitsgesetz“, das Sanguinettis Regierung am 22. Dezember 1986 erließ, erklärte der uruguayische Staat seinen Verzicht auf die juristische Verfolgung von Verbrechen, die Angehörige von Militär und Polizei zwischen dem Staatsstreich 1973 und der Rückkehr in die Demokratie am 1. März 1985 begangen hatten. Direkt nach Ende der Diktatur hatte Sanguinettis Regierung mit dem „Gesetz zur nationalen Befriedung“ angeordnet, die politischen Gefangenen der Diktatur, darunter auch die meisten inhaftierten Tupamaro-Rebellen, in die Freiheit zu entlassen.

Das Ley de Caducidad folgte dann der Logik der „zwei Dämonen“, die die Reflektion des Geschehenen innerhalb der Rechten bis heute beherrscht: Die Repression des Staates sei nur deshalb notwendig geworden, weil die militante Linke mit Anschlägen die Sicherheit des Landes und die Demokratie gefährdet habe. Begnadigt man die Rebellen, so wurde argumentiert, ist Straffreiheit für die Militärs die einzig logische Folge. Diese Interpretation der Geschichte wird von Historikern und Menschenrechtsaktivisten scharf kritisiert. „Die Theorie der zwei Dämonen ist Unsinn“, sagt etwa Mirtha Guianze, ehemalige Staatsanwältin und Präsidentin des uruguayischen Instituts für Menschenrechte (INDDHH). Die Guerilla sei bereits 1972, ein Jahr vor Beginn der Diktatur geschlagen gewesen, der aggressive Kampf gegen die Opposition nahm jedoch dann erst so richtig Fahrt auf und richtete sich auch gegen Gewerkschaftler, Studenten und linke Intellektuelle, also Andersdenkende, die sich nie am bewaffneten Kampf beteiligt hatten.

Auf die Frage, wie sich die Akzeptanz von Menschenrechtsverletzungen mit einer echten Demokratie vertrage, reagiert Sanguinetti ungehalten. Mit seiner Politik, sagt, nein, schreit er beinahe, orientiere er sich an Max Webers Verantwortungsethik. Eine ethisch vertretbare Entscheidung halte nicht starr und kompromisslos an abstrakten Wertevorstellungen fest, sondern berücksichtige immer auch die Folgen, die das eigene Handeln zur Folge haben könnte. „Was bringt mir eine tolle Lösung, die meinen Prinzipien entspricht, wenn sie mich zurück in den Krieg führt, den ich eigentlich beenden will?“, fragt Sanguinetti und erwartet keine Antwort. Die Amnestie habe ihren Zweck erfüllt: Unruhen blieben aus, das Land entwickelte sich zu einer stabilen Demokratie.

Sanguinettis Kritiker sehen das freilich anders. Fällt sein Name, reagieren die Vertreter von Opfer- und Angehörigenverbänden mit spöttischem Lachen oder wütenden Schimpftiraden. Sein politischer Pragmatismus ist für diejenigen, die bis heute nach Angehörigen suchen oder jahrelang unschuldig im Gefängnis saßen, nur schwer zu ertragen und prägte doch für mehr als zwei Jahrzehnte Uruguays Umgang mit seiner Vergangenheit – auch weil eine Mehrheit des Volkes den Weg der Amnestie unterstützte oder aber zumindest akzeptierte. „In der Geschichte des Landes hat es kein Gesetz gegeben, dass eine so hohe Legitimation hatte wie das Ley de Caducidad“, sagt Sanguinetti. Tatsächlich wurde das Gesetz gleich zweimal in Volksabstimmungen bestätigt: Als Aktivisten 1989 einen Volksentscheid über das Amnestiegesetz erzwangen, stimmte eine Mehrheit von knapp 60 Prozent für den Erhalt. 2009, als im Rahmen der Parlaments- und Präsidentschaftswahl erneut abgestimmt wurde, erreichten die Gegner des Gesetzes nicht die notwendigen 50 Prozent der Stimmen, um das Gesetz zu kippen.

Warum sich eine Mehrheit der Uruguayer – vor allem im konservativen Landesinneren, wo die Diktatur längst nicht so viele Menschen traf wie in Montevideo – gegen eine juristische Aufarbeitung stellte, ist bis heute umstritten. Aus Angst vor einem erneuten Putsch des Militärs und in der Hoffnung, endlich zur Ruhe zu kommen, sagen die einen. „Diese Ängste wurden von Seiten der Rechten um Sanguinetti sehr gezielt geschürt“, sagt der Historiker Aldo Marchesi. Elena Zaffaroni von Famidesa berichtet, im Vorfeld des Referendums seien gerade im Landesinneren Menschen eingeschüchtert und bedroht worden. Andere meinen: Es fehlte an Solidarität mit den Opfern und Interesse an der eigenen Vergangenheit. Beim zweiten Referendum von 2009 zählen diese Argumente allesamt nicht mehr. Hier, so glauben viele, sei die Schwierigkeit gewesen, dass selbst die linke Regierung Vázquez das Gesetz nicht antasten wollte und das Thema bereits so weit von der Lebensrealität der Menschen entfernt war, dass die Abstimmung von den parallel stattfindenden Wahlen überschattet worden sei. „Vielleicht war

da auch einfach der Konservatismus bei den Leuten größer“, mutmaßt Álvaro Rico, Leiter der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universidad de la República in Montevideo. „Man wollte den Status Quo nicht riskieren, sagte sich: Das ist vielleicht nicht der beste Weg, aber warum sollte man Gewissheiten und Sicherheiten aufgeben?“

So oder so zwangen die Ergebnisse Uruguay in ein politisches Dilemma, in einen Konflikt zwischen dem verbrieften Willen des Volkes und der bedingungslosen Achtung der Menschenrechte. „Wir mussten verstehen lernen, dass manche Entscheidungen nicht zur Abstimmung durch Bürger freigegeben werden können“, sagt Álvaro Rico. „Uruguay hat eine so starke Votationskultur, dass selbst wir Menschenrechtler irrtümlicherweise der Meinung waren, man könnte auch diese offenen Konflikte durch eine Abstimmung beilegen, die man nicht über Mehrheiten und Minderheiten klären kann, weil es ethische Fragen sind.“ Raúl Oliveira von der NGO Observatorio Luz Ibarburu vergleicht das Land in Bezug auf sein Rechtswesen mit Asterix und dem gallischen Dorf. „Wir lebten abgeschottet wie hinter Palisaden und regelten alles auf unsere Art“, sagt er, „wie auf einer Insel.“ Ein Verständnis der Menschenrechte als einem allem übergeordneten Recht sei erst im Laufe des neuen Jahrtausends entstanden. Der Historiker Carlos De-Masi hält das Menschenrechtsverständnis sogar bis heute für rückständig. „Man spricht hier von Menschenrechtsverletzungen, als seien sie ein reines Thema der Vergangenheit“, sagt er. „Dabei sind sie auch heute gegenwärtig, wenn man sich die Situation in Gefängnissen, Krankenhäusern oder Armeniesiedlungen anschaut.“

Getragen vom Selbstverständnis, den Willen des Volkes nicht hinterfragen zu wollen, galt das Ley de Caducidad lange als unantastbar und verhinderte für über 20 Jahre jede juristische Aufarbeitung. Als dann 2005 erstmals das Linksbündnis Frente Amplio die Regierungsmacht übernahm, unter dessen Mitgliedern viele Opfer der Diktatur sind, hofften Opfer und Angehörige, das Ley de Caducidad würde bald der Vergangenheit angehören. Vázquez' Regierung wählte einen „sanfteren Weg“: Statt das Gesetz stillzulegen, sollten seine Lücken genutzt werden. Verbrechen des Militärs, die bereits vor dem offiziellen Beginn der zivil-militärischen Diktatur im Juni 1973 begangen wurde (also beispielsweise während des sanften Übergangs in die Diktatur), fallen bei wortgenauer Auslegung des Gesetzestextes beispielsweise ebenso wenig in die Gültigkeit des Ley de Caducidad wie Verbrechen ziviler Politiker (zum Beispiel politische Unterstützer der Militärs) oder Vergehen im Ausland (also beispielsweise Morde an Uruguayern im benachbarten Argentinien).

Findige Staatsanwältinnen wie Ana Maria Tellechea und Mirtha Guinze nutzten diese Lücken gezielt und begannen damit, mit internationa-

len Rechtsstandards zu argumentieren. Im Jahr 2006, 21 Jahre nach Ende der Diktatur, verurteilte der Richter Luis Charles erstmals sechs Militärs und zwei Polizisten. Kurz darauf wurden auch der Ex-Präsident Bordaberry, der bis 1976 gemeinsam mit den Militärs regiert hatte, und der Ex-Diktator Gregorio Álvarez verurteilt. Bis heute sind 30 Menschen schuldig gesprochen worden – trotz aller Fortschritte eine symbolische Zahl. „Wir hatten in einem Land mit drei Millionen Einwohnern mindestens 6.000 politische Gefangene, hunderttausende Geflüchtete, fast 200 Desaparecidos und 204 politische Morde“, sagt Madelon Aguerre von der Menschenrechtsorganisation SERPAJ. „Das waren nicht nur ein paar Leute, die all das zu verantworten haben.“

Das politische und juristische Hin- und Her im Umgang mit dem Ley de Caducidad nahm in den Jahren darauf teilweise absurde Züge an und ist ohne tiefere Kenntnis des uruguayischen Rechtssystems kaum zu durchblicken. In mehreren Einzelfällen erklärte Uruguays Oberster Gerichtshof, der Suprema Corte, das Gesetz für verfassungswidrig und ermöglichte eine Strafverfolgung. 2011 zwang ein Urteil des Internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte die uruguayische Regierung mit ihrem Urteil im berühmten „Gelman-Fall“, das Gesetz endgültig außer Kraft zu setzen. Uruguays Parlament verabschiedete im zweiten Anlauf das Gesetz 18.831, das die Diktaturverbrechen zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärte und dem Staat die Kompetenz zurück gab, diese zu verfolgen. Zu spät, wie Francesca Lessa von der Universität Oxford kritisiert. „Wenn es in der Linksregierung einen echten politischen Willen gegeben hätte, hätte das nach der Machtübernahme 2005 keine sechs Jahre gedauert“, sagt Lessa. Ohnehin währte die Euphorie nur kurz: Nicht einmal zwei Jahre später erklärte der Suprema Corte das Gesetz 18.831 in Teilen wieder für verfassungswidrig. Die Delikte seien nicht als Menschenrechtsverletzungen, sondern wie normale Verbrechen zu beurteilen. Weil normale Delikte in Uruguay jedoch nach 25 Jahren verjähren (im Fall der Diktaturverbrechen also spätestens 2011) bekamen die Anwälte der Täter neues Argumentationsmaterial, um ihre Mandanten in Freiheit zu halten.

Bis heute fehlt der juristischen Aufarbeitung eine klare Linie. Wird ein Fall von einem engagierten Staatsanwalt angetrieben und von einem juristisch modern denkenden Richter entschieden, sind Verurteilungen möglich. Doch gerade im Landesinneren, wo viele Richter der alten Schule eingesetzt sind, denen die internationale Rechtsprechung fremd ist, werden Prozesse häufig eingestellt oder von Verteidigern über Jahre verzögert. Unter dem Strich sind die Zahlen ernüchternd: Laut dem „Observatorio Luz Ibarburu“, einer NGO, die als einzige Stelle im Land die Fälle umfassend dokumentiert, sind bis heute gerade einmal 30 Menschen für ihre Verwicklung

in Diktaturverbrechen verurteilt worden. Nur 14 dieser Verurteilten sitzen tatsächlich im Gefängnis, während der Rest verstorben ist oder die Strafe im Hausarrest absitzt. 63 Prozent der 304 Anzeigen sind nie über den Status einer ersten Prüfung hinaus gekommen. In Wirklichkeit, sagen Beobachter deswegen längst, müsse man nicht mehr nur die Politik für die langsamen Fortschritte verantwortlich machen, sondern vor allem Uruguays träge und altmodische Justiz.

Wer juristischen Erfolg haben möchte, braucht in Uruguay viel Zeit, Eigeninitiative und ein wenig Glück. Zeit, weil die Justiz ohnehin als langsam gilt und Strafverteidiger ihr mit Berufungen und anderen juristischen Mitteln zusätzlich Sand ins Getriebe streut, um ihren Mandanten Zeit zu verschaffen. Eigeninitiative, weil die Staatsanwaltschaft im uruguayischen Justizsystem keine ermittelnde Funktion hat und die Beweispflicht beim Kläger liegt. „Die paar wenigen Urteile, die es in Uruguay gegeben hat, gab es, weil die Opfer selbst nicht nur geklagt haben, sondern oft auch selbst die Beweise beschafft haben“, erklärt Francesca Lessa von der Universität Oxford. Nicht immer gelingt den Angehörigen und Opfern das, weil viele der Archive nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Und Glück, weil viel davon abhängt, ob der Fall nicht doch bei einem engagierten Staatsanwalt landet, der die Kläger unterstützt, und von einem Richter entschieden wird, der die schwammige Rechtslage modern interpretiert.

Um diese strukturellen Schwächen des uruguayischen Justizsystems zu füllen, gründeten 16 Organisationen aus Uruguays Zivilgesellschaft nach dem Urteil des Interamerikanischen Menschengerichtshofs 2011, der ein Startschuss für umfassendere Ermittlungen werden sollte, das Observatorio Luz Ibarburu. „Wir wollten uns nicht auf die internationale Verpflichtung allein verlassen“, sagt Raúl Oliveira, der die nach der Mutter eines Desaparecidos benannte NGO leitet. Wie die meisten in der Sache engagierten Aktivisten hat auch er eine persönliche Verbindung zur Diktatur. Er selbst saß sechseinhalb Jahre im Penal de Libertad, dem wichtigsten Gefängnis der Diktatur. Seiner Lebensgefährtin Sara Méndez wurde in der Haft ihr frischgeborener Sohn Simón abgenommen. Mutter und Sohn lernten sich erst kennen, als nach jahrelanger Suche aus dem Jungen bereits ein Mann geworden war.

Ursprünglich sollte das Observatorio den juristischen Aufarbeitungsprozess vor allem kritisch beobachten. „Wir stellten fest, dass das für die Gesellschaft ein sehr undurchsichtiger Kampf werden würde, weil nirgendwo eine Datenbank zur Verfügung stand“, erklärt Oliveira. „Diese haben wir dann erstellt.“ Die öffentliche Datenbank der Organisation gilt als zuverlässigste Quelle, um einen Überblick über Fortschritte und Verzögerungen im Aufarbeitungsprozess zu bekommen. Fein säuberlich listen die Mitarbeiter

der Organisation alle mit der Diktatur assoziierten Anzeigen und Prozesse auf ihrer Website auf, nennen deren aktuellen Status und die Namen des zuständigen Staatsanwaltes und stellen wichtige Dokumente zur Einsicht zur Verfügung. „Nach zwei Jahren merkten wir, dass die Fälle unter dem Strich wenige Fortschritte machten“, erzählt Oliveira.

Das Observatorio entschied, selbst aktiv in die Ermittlungsarbeit einzugreifen, die bis dato vor allem von den Opfern und Angehörigen allein übernommen worden war. Die Organisation baute ein Team aus Anwälten auf, die den Klägern bei ihrem zähen Kampf in den Gerichten des Landes helfen sollten. Zunächst arbeiteten einige engagierte Juristen ehrenamtlich für die Organisation, mittlerweile finanzieren die Gewerkschaft PIT-CNT und die internationale NGO „Open Society“ hauptamtliche Mitarbeiter. Jura-Studenten von der staatlichen Universität unterstützen das Team. „So wollen wir erreichen, dass sie nach ihrer Ausbildung ein moderneres Rechtsverständnis haben“, sagt Oliveira. Knapp 60 Prozesse betreuen die Anwälte des Observatorio aktuell. Anders als die Staatsanwälte, die jedes Mal aufs Neue isoliert den ihnen zugewiesenen Einzelfall betrachteten, habe sein Team durch die langjährige Beobachtung des gesamten juristischen Szenarios einen Überblick, könne Fälle zusammenführen und Querverbindungen ziehen. Das erleichtere die Beweisführung und könne die Prozesse beschleunigen. Hoffnung macht den Aktivisten derzeit auch ein schleichender Wandel im Rechtsverständnis der obersten Richter des Landes. „Glücklicherweise findet dort gerade ein Umdenken statt“, sagt zumindest Francesca Lessa von der Universität Oxford. Es gebe unter den Richtern am Obersten Gerichtshof mittlerweile eine Mehrheit für die Anwendung internationaler Menschenrechtsstandards. Das könnte in den kommenden Jahren noch zu juristischen Fortschritten führen.

Weil sie in Uruguay bis heute auf viele Widerstände treffen, kämpfen Angehörige parallel darum, im Ausland zu ihrem Recht zu kommen. Auch in Argentinien, Italien und Spanien stehen oder standen Schlüsselpersonen aus der uruguayischen Diktaturzeit bei Sammelprozessen über die Verbrechen des Plán Condor vor Gericht. Das ist deshalb möglich, weil in der uruguayischen Einwanderergesellschaft viele der Opfer oder mutmaßlichen Täter nicht nur die uruguayische, sondern auch die argentinische, spanische oder italienische Staatsbürgerschaft besitzen oder besaßen und deshalb auch die Gerichte dieser Gesetze Recht sprechen dürfen. Im Mai 2016 verurteilten Richter in Buenos Aires im bislang größten Prozess zum Plán Condor (18 Angeklagte für 105 Fälle) unter anderem den uruguayischen Coronel Manuel Cordero und Ex-Diktator Reynaldo Bignone zu 25 beziehungsweise 20 Jahren Haft. Im Januar 2017 folgte die Verurteilung des ehemaligen Kanzlers Juan Carlos Blanco in Rom. Letzterer Prozess erfüllte die Hoff-

nungen der angereisten Uruguayer – darunter neben mehreren Angehörigen auch Vize-Präsident Raúl Sendic – nicht. 13 angeklagte Uruguayer, darunter der bekannte Folterknecht Jorge Tróccoli, wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. „Das ist nicht das Urteil, das wir erwartet hatten“, sagte Vize-Präsident Sendic, der zur Urteilsverkündung nach Rom gereist war. „Andere wurden schon trotz deutlich weniger Beweise verurteilt“, kritisierte Mirtha Guianze, Direktorin des Nationalen Instituts für Menschenrechte, und ergänzte dann, als müsse sie Raúl Sendic daran erinnern, dass es hier immer noch um Uruguays und nicht um Italiens Vergangenheit ging: „Von allen Ländern der Region ist Uruguay in Sachen juristischer Aufarbeitung der Diktatur am rückständigsten.“

4.2 Zusammenleben von Tätern und Opfern

Die Männer in Uniform, die am 9. September 1976 kommen, um ihn zu holen, kennt Ricardo Echeverri schon lange. Der eine ist der Sohn einer Arbeitskollegin, den anderen kennt er schon seit er ein Kind ist. Kein Freund, aber doch ein alter Bekannter aus Canelones, seiner Heimat, einer schmucklosen Provinz-Hauptstadt eine Autostunde nördlich von Montevideo. Jungs, mit denen er früher an der Straßenecke einen Mate-Tee geteilt hat, mit denen er zum Fußball ging. Diese beiden Männer, normale Leute wie er, der Postbote, den in der Kleinstadt jeder kennt, verhaften Echeverri. Ihm wird die Beihilfe zu einer Straftat vorgeworfen. Erst sieben Jahre später – seine Kinder sind mittlerweile groß geworden – kommt Echeverri wieder frei. „Wir haben ein Siebtel unseres Lebens in einem Gefängnis verbracht“, sagt er. „Das waren die Jahre, in denen man am lebendigsten ist, in denen man Kinder bekommt, arbeitet, sein Bestes gibt. Einem Menschen diese Jahre zu nehmen, ist als würde man ihm die Arme oder die Zunge abschneiden oder die Augen ausreißen.“

Als Ricardo Echeverri, drei Jahre nach dem kalten Staatsstreich von 1973 verhaftet wird, ist er gerade Anfang 30, junger Vater und Mitglied der kommunistischen Partei und aktiver Gewerkschafter. Keiner, der Bomben legt und Diplomaten entführt, wie die Tupamaro-Rebellen es zwischen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre getan haben, aber ein bekennender Revolutionär, der gierige Unternehmer verabscheut und für die Rechte der Arbeiter kämpft. Im autoritären Uruguay reicht das, um ins Visier des Regimes zu geraten. Während Argentiniens Regierung zehntausende Menschen verschwinden lässt und die Schergen von Chiles Diktator Pinochet politische Gegner massenhaft ermorden, sind systematische Folter und politische Haft die prägenden Werkzeuge der zivilmilitärischen Führung in

Montevideo. Zwischen 40.000 und 60.000 Menschen, die Schätzungen gehen hier auseinander, werden zwischen 1973 und 1985 aus politischen Gründen inhaftiert, etwa 6.000 von ihnen sitzen über mehrere Jahre in den Gefängnissen. Gerechnet auf die absolute Einwohnerzahl Uruguays – 1970 leben dort etwa 2,8 Millionen Menschen – sind die Zahlen bemerkenswert. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International ist Uruguay in den siebziger Jahren der Staat mit den meisten politischen Gefangenen weltweit.

Trotz dieser Dimensionen und der aktiven Lobbyarbeit der Opfer-Organisation CRY SOL ist die politische Gefangenschaft verglichen mit den Vermisstenfällen bis heute ein wissenschaftlich relativ wenig durchleuchtetes Thema. In einer Hierarchie des Leids, die die Sichtbarkeit von Problemen im öffentlichen Diskurs bestimmt, stehen diejenigen Opfer, die die systematische Gewalt des Staates überlebt haben, weit unterhalb der Verschleppten und Ermordeten. Dabei sind sie es, die das Erlebte zurück in die Freiheit und Demokratie genommen haben und bei denen physische und mentale Probleme nach Folter und jahrelanger Isolation keine Ausnahme sind.

Ricardo Echeverri ist heute 71 Jahre alt, ein großer dünner Mann mit schmaler Brille und lichtem grauen Haar. Sein Herz macht Probleme, in ein paar Wochen wird er operiert. Erschöpft sitzt er in seinem Sessel und schaut aus dem Fenster, die Beine fest auf dem Boden, die Finger in die Lehnen gekrallt. Das Zimmer ist vom dunklen Holz an den Wänden finster, sein Gesicht vom Fenster vor ihm hell erleuchtet. Nebenan läuft ein Fernseher. Echeverri sagt, er erinnere sich nicht gerne an die Details und erzählt dann doch von Folter und Gefangenschaft. Davon wie Menschen während des Verhörs an der Decke aufgehängt wurden. Davon wie sie gezwungen wurden, nächtelang zu stehen, so lange bis sie die Namen ihrer Genossen oder den Aufenthaltsort ihrer politischen Führer nannten. Davon wie die Folterknechte ihren Opfern Plastiktüten über den Kopf zogen, bis sie nicht mehr atmen konnten. Folter gehörte zum System: 99 Prozent der männlichen und 98 Prozent der weiblichen Gefangenen gaben laut der Menschenrechtsorganisation SERPAJ nach ihrer Freilassung an, vor oder während der Haft gefoltert worden zu sein. Auf das Verhör folgen sieben lange Jahre hinter Gittern, erst im städtischen Gefängnis von Canelones, dann im Penal de Libertad. An der Zellenwand eine Liste mit strikten Regeln: Die Hände immer an der Körperseite halten. Keine Mitgefangenen grüßen. „Wir verloren unsere Namen, bekamen Nummern“, erinnert sich Echeverri. „Wir wurden aufgeteilt nach Zelle, Stockwerk, Sektor, Flügel.“ Eine Stunde Freigang pro Tag. Unregelmäßiger und überwachter Kontakt zur Familie. „Es war eben ein Gefangensystem in Zeiten einer Diktatur“, sagt Echeverri.

Als er 1983 entlassen wird, ist die Diktatur bereits im Begriff zu verfal-

len. Ein verfassungsänderndes Referendum, das die Macht des Militärs im In- und Ausland legitimieren soll, scheitert im November 1980. In den folgenden Jahren erhebt sich das Volk immer deutlicher gegen die Militärs: 1983 gehen 400.000 der etwa drei Millionen Uruguayer in Montevideo auf die Straße und fordern eine Rückkehr zur Demokratie. 1984 lenken die Militärs ein und verhandeln im Club Naval an der Flusspromenade von Montevideo den Weg zurück in die Demokratie. Bis heute werden die genauen Absprachen geheim gehalten. Doch kaum jemand zweifelt daran, dass die Straffreiheit für die während der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen eine der Bedingungen der Militärvertreter war, um ihre Machtposition abzugeben.

Als die neugewählte Regierung am 10. März 1985 das „Gesetz zur nationalen Befriedung“ verabschiedet und die politischen Gefangenen aus den Gefängnissen entlässt, kehren traumatisierte Menschen zurück in ein zerrissenes Land. Uruguay, scherzen die Uruguayer gerne, sei ein Dorf im Gewand eines Landes. Nichts bleibt unbeobachtet. Nach dem Ende der Diktatur weiß jeder Uruguayer, auf welcher Seite sein Nachbar gestanden hat. Wer gefoltert wurde, wer folterte und wer schweigend akzeptierte, was mit den Menschen in seinem Umfeld geschah. Vor allem in den vielen Kleinstädten im Landesinneren treffen Opfer auf Täter, Oppositionelle auf stille Unterstützer der Militärherrschaft. „Was passiert ist, lag nicht an dieser einen Person oder jener, sie betraf dieses ganze Land“, sagt Elena Zaffaroni, ehemalige politische Gefangene und Angehörige eines Desaparecidos. Mit seiner Politik des Schlussstrichs, die einer Generalamnestie gleichkommt, trennt Präsident Sanguinetti nicht in diese Kategorien. Um nach vorne zu schauen, sagt seine Politik, muss vergeben und vergessen werden.

Als Ricardo Echeverri nach seiner Freilassung wieder beginnt zu arbeiten, stürzt er sich in den Alltag, schuftet manchmal 18, 20 Stunden pro Tag. Die Gesichter der Männer in Uniform begegnen ihm fast täglich, im Rathaus, bei der Bank, auf der Straße. Echeverri ignoriert sie, bis heute. „Da ist diese tiefe Abneigung“, sagt Echeverri. „Ich kann mit ihnen kein Wort wechseln.“ Trotzdem hat er nie erwogen, die Männer anzuzeigen, er begnügte sich mit der staatlichen Entschädigungszahlung. „Das Leben wirft dir genug Hindernisse auf den Weg, mit denen du dich beschäftigen musst“, erklärt er. Es sei ihm und seiner Lebensgefährtin wichtig gewesen, nach vorne zu blicken, statt sich in einen Kampf für Gerechtigkeit zu stürzen. „Vielleicht kann man schon etwas erreichen, aber auf dem Weg dorthin liegen hier so viele Hindernisse, die nicht gerade zu einer Anzeige motivieren.“ Er stockt kurz, zögert, sagt dann: „Das ist vermutlich nicht nett, dass ich das jetzt sage, aber manchmal sehe ich mit einer gewissen Genugtuung, wie sie sprichwörtlich in sich zusammen fallen, wenn ich an ihnen vorbei gehe. Denn diese Leute

wissen, was zwischen uns steht. Das ist schlecht, dass ich so denke, aber da ist diese Genugtuung. Es tut mir nicht weh, sie sehen zu müssen. Ich verachte sie.“

Jacqueline Gurruchaga kennt diese Gefühle, die Wut und die Ohnmacht. Sie kennt die Gedanken, die ihr durch den Kopf schwirren, wenn sie in der Supermarktschlange vor sich einen der Männer wiedererkennt, an dessen Uniform sie sich noch erinnert und der jetzt einfach da steht, ein paar Meter vor ihr, und alltägliches tut, sich das schönste Gemüse zusammensucht und dann mit Plastiktüten in den Händen den Laden verlässt. Sie kennt den Wunsch, ganz ruhig bleiben zu wollen und doch am ganzen Körper zu zittern. Sie kennt die Gedanken, einfach mit dem Finger auf ihn zu zeigen, zu schreien und alle anderen wissen zu lassen, was er ihr angetan hat. Sie kennt die Momente, in denen sie sich fragt, wieso sie diese Begegnungen nach all den Jahren in Freiheit noch immer so schmerzen. Sie kennt das Gefühl, dass ihre Stadt Mercedes längst nicht mehr nur ihre Heimat, sondern auch ein Ort der alltäglichen Konfrontation mit ihrer Vergangenheit ist.

Hier in Mercedes, der kleinen Provinzhauptstadt mit 40.000 Einwohnern, hat Jacqueline ihr ganzes Leben verbracht. Hier ist sie aufgewachsen, hier hat sie begonnen, sich in der Gewerkschaft zu engagieren, hier saß sie insgesamt drei Jahre im Gefängnis, hier wurde sie von Männern in Uniform entkleidet, verprügelt, mit Elektroschocks gequält und auch – so erzählt sie – vergewaltigt. 2011 reichte sie gemeinsam mit 27 anderen Frauen eine Sammelklage gegen acht Militärs ein, die an sexuellem Missbrauch in den Gefängnissen der Diktatur beteiligt gewesen sein sollen. Nur einer der Angeklagten ist nach sechs Jahren verurteilt worden, jedoch nur wegen Freiheitsberaubung. „Das schmerzt“, sagt Jacqueline Gurruchaga. „Denn wenn diese Dinge nicht bestraft werden, können sie sich wiederholen. Obwohl wir versuchen, sie abzustreifen, wird immer ein Abdruck des Erlebten bleiben – auch bei den nachfolgenden Generationen.“

5. Das Militär: Schweigen, Verharmlosung – und nun eine Öffnung?

Natürlich interessiert auch die Kehrseite der Medaille, die Sicht der ehemaligen Militärs auf das Geschehene. Existiert unter ihnen ein Bewusstsein dafür, Täter gewesen zu sein? Empfinden sie Schuld?

Als ich versuche, Kontakt aufzunehmen, bekomme ich einen Eindruck davon, was bisherige Interviewpartner meinten, wenn sie von einem „Schweigepakt“ unter den Militärs gesprochen haben, die heute noch am Leben sind. Ich versuche zunächst über das „Centro Militar“ in Montevideo Kontakt aufzunehmen, ein soziales Zentrum mit betreuter Wohneinrichtung, in der

viele Ex-Militärs leben. Im Centro wimmelt man mich direkt ab, freundlich aber deutlich: Natürlich wohnten hier ehemalige Mitglieder der Streitkräfte, für ein Interview müsse ich aber schon den offiziellen Weg gehen. Das tue ich, werde von Mitarbeiter zu Mitarbeiter weiter verbunden, bis ich irgendwann Martin Fabregat am Telefon habe, den Pressesprecher des Verteidigungsministeriums. Er klingt jung, macht einen sympathischen Eindruck. „Ich finde ja auch, dass das ein Thema ist, über das man sprechen sollte“, sagt er, ergänzt dann aber auch: „Aber es ist auch schwierig, ein hochsensibles Thema!“

Ich frage bei Fabregat sowohl einen amtierenden Vertreter der Streitkräfte als auch einen pensionierten Ex-Militär für ein Interview an. Eine Woche später meldet sich Fabregat, verlangt einen Nachweis über meine journalistische Tätigkeit in Uruguay. Als ich ihm meinen Presseausweis schicke, verlangt er zusätzlich eine schriftliche Akkreditierung durch meine Heimat-Redaktion. Eine Kollegin vom Westdeutschen Rundfunk erstellt mir ein solches Schreiben. Dann bricht der Kontakt ab. Auch auf mehrfache Nachfrage erhalte ich keine Antwort mehr. Von anderen Interviewpartnern werde ich belächelt, als ich von meinen Versuchen einer Kontaktaufnahme berichte. „Das hätte ich dir auch gleich sagen können“, sagt Francesca Lessa von der Universität Oxford. „Ich versuche seit zehn Jahren vergeblich, ein Interview zu bekommen.“

Um mir ein Bild von der Haltung der Militärs zu machen, beginne ich eine Online-Recherche. Dort stoße ich auf ein Interview des uruguayischen Staatsfernsehens mit Asencio Lucero, einem kürzlich verurteilten Folterer. Kurz vor seiner Verurteilung hat die Journalistin Georgina Mayo ihn zuhause besucht und zu einem kurzen Interview überredet. Lucero, ein Mann um die 70, mit langen glatten Haaren und ausgesprochen schlechten Zähnen, repräsentiert in den knapp 20 Minuten Interview das, was ich nach Gesprächen mit Wissenschaftlern und Aktivisten bereits erwartet hatte. „Ich habe im Dienste des Landes gestanden, für Normalität und Ordnung gesorgt“, sagt er und nimmt Bezug auf Sanguinettis „Theorie der zwei Dämonen“, die die Diktatur als Folge einer Repression von Links beschreibt. „Es war nun mal ein Krieg.“

Vor laufender Kamera gesteht Lucero dann auch seine Beteiligung an der Folter von Gefangenen, beschreibt, wie er Häftlinge nachts weckte und sie dazu zwang, stundenlang still zu stehen. Er selbst habe 48 Stunden wachbleiben können, wenn nötig. „Das ist dann keine Folter, sondern psychologischer Krieg“, sagt er. „Es ging darum, sie unter Druck zu setzen, an Informationen zu kommen. Er da [Lucero grinst zum Kameramann] macht das gleiche hier mit der Kamera.“ Als Mayo ihn auf die Vorwürfe gegen ihn wegen sexueller Misshandlung anspricht, nennt er die 28 Klägerinnen „seine

Freundinnen“. Und die Journalistin beendet das Interview als Lucero sie anschaut und mit bellendem Raucherlachen sagt: „Das ist auch Folter, wie Sie mich mit ihren Hundeaugen anschauen.“

Die Verharmlosung und Leugnung der Diktaturverbrechen sind ein wiederkehrendes Muster in den wenigen Interviews, in denen Militärvertreter offen über die Vergangenheit sprechen. Im Oktober 2016 bezeichnete Carlos Silva, Präsident des „Centro Militar“, in einem Radiointerview die Repression des Staates als „eine Geschichte“, die „von Seiten der Linken erfunden wurde“. Vergewaltigungen? Einzelfälle! Politische Gefangene? Alleamt straffällige Gefangene! Die Operation Condor? Nicht mehr als die bis heutige übliche Kooperation zwischen der Polizei in verschiedenen Ländern Lateinamerikas! Die Desaparecidos? Eine falsche Projektion der argentinischen Diktatur auf Uruguay.

„Die Position des Militärs zur Geschichte hat sich bis heute nie verändert“, sagt der Historiker Aldo Marchesi. Bis heute vertrete der Großteil der Militärvertreter öffentlich die Meinung, die Maßnahmen seien notwendig gewesen, um die Demokratie zu schützen, die von linken Demokratiefeinden bedroht worden sei. Bis heute werde intern jedes Jahr am 14. April ein Gedenktag zu Ehren der im Kampf gegen die Guerilla getöteten Soldaten begangen. „Da gibt es ein Narrativ, um das Geschehene zu legitimieren und es gab nur sehr wenige Militärs, die sich diesem Narrativ entzogen haben.“

Mirtha Guianze, eine ehemalige Staatsanwältin und heutige Direktorin des Nationalen Institut für Menschenrechte teilt diese Meinung. Die Militärausbildung sei ein geschlossener Kreis geblieben, in dem sich bis heute das alte Narrativ multipliziere. „Wenn wir dort anklopfen, hören wir noch heute von jungen Militärs, die Streitkräfte hätten das Vaterland verteidigt“, erzählt Guianze. „Auch diejenigen, die nicht direkt am Staatsterrorismus beteiligt gewesen sind, halten ihn heute für richtig.“ Ohne einen Sinneswandel, der in einer Öffnung der Streitkräfte für Aufklärungsarbeit resultiere, befürchtet sie, könnte eine vollständige Aufklärung der Zeit schwierig bleiben.

Im Herbst 2016 sorgte dann ein brisanter Fund für neue Aufregung in Uruguay, der den anhaltenden Einfluss des Militärs im postautoritären Uruguay dokumentierte. Im Haus des 2015 verstorbenen ehemaligen Präsidenten des militärischen Geheimdienstes SID, Elmar Castiglioni, stießen Ermittler auf bis dato unbekannte Akten, die zweifelsfrei bewiesen, dass das Militär durch ein weit verzweigtes Netzwerk aus Informanten bis weit ins neue Jahrtausend hinein hohe Politiker (darunter auch die Präsidenten Julio María Sanguinetti, Jorge Batlle und Tabaré Vázquez), Gewerkschaften und linke Parteien überwachen ließ. Die Ermittlungen laufen, eine parlamentarische Untersuchungskommission untersucht die Hintergründe und

das Ausmaß der Spionage. Die Historikerin Isabel Wschebor erklärte in diesem Kontext, die Unterlagen könnten auch bei der Suche nach den Desaparecidos aus Diktaturzeiten helfen.

Neben dieser Ankündigung könnten auch Äußerungen von Felipe Micheli, Leiter der Arbeitsgruppe für Wahrheit und Gerechtigkeit, den Angehörigen der Desaparecidos Hoffnung machen. „Alles, was wir als Gruppe beim Verteidigungsministerium angefordert haben, wurde uns zur Verfügung gestellt“, erzählt er. Erstmals dürften in Kürze Mitglieder der Gruppe in die Archive der Marine, um nach Hinweisen auf die Vermisstenfälle zu suchen. Selbiges sei für die Luftwaffe und die Bodenstreitkräfte geplant. Für die Aufarbeitung könnte das ein entscheidender Schritt sein. Denn nirgendwo dürfte die dunkle Seite der jüngeren uruguayischen Landesgeschichte so gut dokumentiert worden sein, wie in den Archiven des Militärs.

6. Erinnerungskultur

Und plötzlich schweigt sie. Lässt die vielen Tage im Jahr vergessen, in denen sie laut ist und schmutzig, heiß und anstrengend. Die Nächte, in denen sie ungemütlich und ein bisschen unheimlich im Dunkeln liegt, ein Zufluchtsort ist für Betrunkene und Junkies. Heute lässt sie die Menschenmassen vorüber ziehen, mit ihren Bannern und Fahnen, den übergroßen schwarz-weißen Fotos in der Hand, als zolle sie ihnen Respekt. Als wisse sie, dass auch sie Teil der dunklen Vergangenheit Uruguays ist. An diesem Tage sagt sie nichts.

Montevideos Haupteinkaufsstraße „18 de Julio“ ist eine Hauptschlagader von Uruguays Hauptstadt. Vom Unabhängigkeitsplatz mit der Reiterstatue des Staatsgründers Artigas zieht sie sich kilometerweit durch die Stadt, fast bis hoch zum zentralen Busbahnhof „Tres Cruces“. An einem normalen Tag ist sie verstopft von Autos und Bussen, deren Abgase die Gebäude am Straßenrand aschgrau gefärbt haben und die hupen, als würde das irgendetwas am Verkehrschaos ändern. Entlang der „dieciocho“, wie viele Bewohner Montevideos der Einfachheit halber nur sagen, wurde im 19. Jahrhundert die Neustadt Montevideos gebaut. Über sie sind Weltberühmtheiten – Franklin D. Roosevelt, Charles de Gaulle – gerollt, ebenso wie der chilenische Diktator Augusto Pinochet. Und einmal im Jahr, seit fast 22 Jahren, wird die 18 de Julio zu einem Ort des seltenen kollektiven Gedenkens an die Opfer der Diktatur.

Immer am 20. Mai, zum Jahrestag der Ermordung des linken Politikers Zelmario Michelini durch argentinische Militärs, ziehen tausende Uruguayer durch die Straßen, halten schwarz-weiße Fotografien der Desaparecidos in

der Hand – und schweigen. Die „Marchas de Silencio“, die Schweigemärsche, wurden 1996 von den Angehörigen der Desaparecidos ins Leben gerufen, um öffentlichkeitswirksam Antworten zu fordern. Jahr für Jahr werden die Marchas größer, 2016 sprachen die Veranstalter von 30.000 Teilnehmern. Für die Aktivisten ist es der vielleicht wichtigste Termin des Jahres. „Wenn die Gesellschaft nicht Druck ausübt und Forderungen stellt, wird sich nichts ändern“, sagt Elena Zaffaroni von Famidesa. Das sei ein Teil des demokratischen Lebens. „Wenn du das nicht tust, bist du verloren.“

Neben der Suche nach den Desaparecidos und den juristischen Bemühungen kämpft Uruguays Zivilgesellschaft heute vor allem gegen das Vergessen und die Verharmlosung der Diktaturverbrechen. „Viele Angehörige denken, dass es essenziell sei, die Überreste der Verschwundenen zu finden, aber ich denke anders“, sagte Nilo Patiño, Sprecher von Famidesa in einem Interview mit der Wochenzeitung „Brecha“ im April 2016. „Nicht, dass ich sie nicht finden möchte, aber ich denke, dass es hauptsächlich darum gehen sollte, ein Vermächtnis zu hinterlassen, der Jugend ein paar Leitlinien mitzugeben.“ Raúl Oliveira vom Observatorio Luz Ibarburu sieht das ähnlich. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft seien schließlich immer eng miteinander verknüpft. „Zu ignorieren, was in der Vergangenheit passiert ist, ist ein fundamentales Problem“, sagt er. „Denn wenn die zukünftigen Generationen die Vergangenheit nicht verstehen, werden sie die Fehler in schlimmerer Form wiederholen.“

Für einen Großteil der Bevölkerung, so wirkt es auf unbeteiligte Beobachter, spielt die Diktatur 32 Jahre nach ihrem Ende keine zentrale Rolle mehr. Abgesehen vom 20. Mai findet das Erinnern und der Kampf um Gerechtigkeit mittlerweile fast ausschließlich in den linken Kreisen statt, die mittel- und unmittelbar unter der Diktatur gelitten haben: Angehörigen- und Opferorganisationen, Studentenvereinigungen, Gewerkschaften. „Wenn ein Konflikt nun mal vor allem einen Teil der Bevölkerung direkt betroffen hat, dann ist das eben einfach so“, sagt eine, die zur Minderheit gehört. Mariana Marero ist Politikstudentin, 23 Jahre alt, trägt Nasenpiercing und gerne bunt gemusterte Kleider. Auf die Innenseite ihres Armes hat sie sich einen Spruch stechen lassen, der wie eine ständige Ermahnung zur Wachsamkeit klingt: „Living is easy with eyes closed.“ Im Schneidersitz hockt sie am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, auf der Wiese zwischen der Hauptstraße der westuruguayischen Stadt Mercedes und dem Ufer des Río Negro. Vier Stunden ist sie aus Montevideo im Bus angereist, vorbei an hunderten Kilometern unbesiedelten Farmlands und saftigen Wiesen, um zu sehen, wie Mercedes das erste größere Denkmal für Diktaturoffer einweihet, das außerhalb der Hauptstadt steht.

Dass im Bus, mit dem sie angereist ist, kaum Gleichaltrige saßen, überrascht sie nicht. Abgesehen von politisch interessierten Studierenden an der staatlichen Universität sei die Diktatur in ihrer Generation kein großes Thema mehr. „Wir merken immer wieder, dass wir manchmal vergessen, dass die Leute außerhalb dieser Kreise einfach anders denken als wir“, sagt sie. Andere Aktivisten teilen diese Einschätzung. Die Ideen und Motive an die Jungen weiter zu geben, ihnen zu vermitteln, dass dieser Kampf auch ihnen gehört, sei so schwierig, weil die Jugend keinerlei Beziehung zu der Geschichte habe, weil diese für sie immer abstrakt bleiben wird.

Anders als die meisten anderen Aktivisten hat Mariana keine persönliche Beziehung zur Diktatur, muss nicht von Angehörigen erzählen, die verschwunden sind oder gefoltert wurden. Sie begann mit Beginn ihres Studiums an der Universidad de la República, sich für die Diktatur zu interessieren. Dort ist das Thema bis heute präsent, denn viele ehemalige Studierende, Dozenten und Dekane gehörten zur Opposition gegen das zivil-militärische Regime und damit auch häufig zu dessen Opfern. Als Vorsitzende der Studierendenvereinigung besuchte sie gemeinsam mit Kommilitonen die Schweigemärsche, forschte in ihrem Studium zur Misshandlung inhaftierter Frauen durch Militärs. Später wurde die Studierendenvereinigung Teil der Angehörigenorganisation Famidesa, gewissermaßen der jugendliche Arm einer Organisation voller Menschen zwischen 50 und 90 „Die Leute dort sind unglaublich“, sagt Mariana, als spräche sie von Popstars. „Sie sind Aktivisten fürs Leben, die nicht nur für ihren Fall kämpfen und sich sonst nicht blicken lassen. Sie sind immer da.“ Mariana sagt, die Besessenheit der Angehörigen, dafür zu sorgen, dass die Geschichte sich nicht wiederholt, inspiriere sie. „Ihnen vorzuwerfen, sie lebten in der Vergangenheit, statt nach vorne zu schauen, ist völliger Unsinn“, sagt sie. „Die Vergangenheit immer weiter frisch zu halten, macht sie zu einem Teil der Zukunft.“

Die Erinnerung frisch zu halten, versteht Mariana als Teil eines Kampfes um die offizielle Geschichtsschreibung. Uruguay brauche eine klare Linie in seiner Vergangenheitspolitik, eine Null-Akzeptanz-Haltung für das alternative Narrativ der Militärs und konservativer Bevölkerungsteile. „Der Staat braucht eine offizielle Position, die klar macht: Das ist die Geschichte! Es gibt keine zwei Dämonen! Es waren Staatsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, Schluss und Aus!“ Neidisch schaut sie über den Río de la Plata rüber nach Argentinien, wo unter den Kirchner-Regierungen im vergangenen Jahrzehnt große Fortschritte erzielt wurden und eine systematische Verfolgung der Diktaturverbrechen stattgefunden hat. „Dort hat die Linke es geschafft, ihre Version der Geschichte durchzusetzen“, sagt sie. In Uruguay scheitere es schon an einer Bildungspolitik, die die Diktatur zum Pflichtthema im Geschichtsunterricht macht. „Manche Schüler hören höch-

stens mal am Rande etwas davon, was damals hier in Uruguay passiert ist“, kritisiert Mariana.

Sie nimmt das Thema deswegen in jeder freien Minute selbst in die Hand. So lange eine klare staatliche Linie fehle, um die Erinnerung an die Diktaturverbrechen zu fördern, sei es eben an der Zivilgesellschaft, die Erinnerung am Leben zu halten. Sie selbst arbeitet derzeit an dem Fotoprojekt „Ausencias“, was frei übersetzt so viel wie „Abwesenheit“ bedeutet. Gemeinsam mit einem Fotografen, der ähnliche Projekte unter anderem schon in Argentinien durchgeführt hat, stellt sie alte Fotografien nach, auf denen Uruguays Desaparecidos zu sehen sind. Mit Angehörigen fährt sie an den Ort, an dem das Bild entstanden ist, arrangiert ein identisches Szenario aus identischem Blickwinkel und stellt dann im Rahmen einer Ausstellung Original und Neuauflage nebeneinander, um zu visualisieren, was die Diktatur genommen hat. Resultat sind etwa ein Hochzeitsfoto mit Braut und Pfarrer, aber ohne den Bräutigam oder ein Familienfoto mit Vater, Mutter und mit einem Kinderwagen, in dem kein Kind mehr liegt.

Ihr Engagement findet sie mit Blick auf die Zukunft wichtig. „Wir gehen immer davon aus, dass die Leute im Fall der Fälle schon aufschreien würden, dass es keine Unterstützung für eine Wiederholung der Geschichte gäbe“, sagt Mariana und klingt für einen Moment, als zähle sie sich auch dazu. „Aber eigentlich passiert doch genau das gerade wieder!“ In ganz Lateinamerika, in der ganzen Welt, werde die Rechte wieder stärker: Macri in Argentinien, ein Freund von Unternehmern und Militärs. Der – wie Mariana ihn nennt – „Staatsstreich“ gegen Dilma Rousseff in Brasilien. Trump. „Da bin ich mir unsicher, wie weit wir wirklich von einer Wiederholung entfernt sind.“

Wenige Meter entfernt von Marianas schattigem Sitzplatz hat sich die Wiese rund um das neue Denkmal mittlerweile mit mehreren hundert Menschen gefüllt. Viele haben Klappstühle mitgebracht, andere sitzen im Gras. Zwischen der Musik der Bands beim Soundcheck vermischen sich die Stimmen der Massen zu einem lauten Wirr-Warr. Viele kennen sich, sind gut vernetzt und tauschen sich über das neue Denkmal und jüngste Entwicklungen aus. Manche tragen die bunten T-Shirts der Angehörigenorganisation *Famidesa*, auf denen „*Todos somos familiares*“ („Wir alle sind Angehörige“) geschrieben steht. Sogar zwei Vertreterinnen der *Madres de Plaza de Mayo*, der bekanntesten Organisation der Angehörigen der argentinischen *Desaparecidos*, sind aus Buenos Aires gekommen, Greisinnen mit den weißen Kopftüchern, für die jeder Schritt eine Mühe zu sein scheint und die wenig später doch eine kämpferische Rede halten werden.

Der Entwurf für das Memorial, der sich unter zwölf Einsendungen durchgesetzt hat, fällt in seiner Umgebung kaum weiter auf: Zehn lange Bänke

aus Stein, die die Namen der zehn Verschwundenen tragen, eine Infotafel mit einem Auszug eines Gedichts der Poetin Circe Maia und zehn Setzlinge des Inka-Baumes. Im Grunde ein besserer Rastplatz, um sich zu setzen, nachzudenken und Mate zu trinken. Geschichtliche Aufarbeitung und Erinnerung als Nebenprodukte des Alltäglichen. Mariana gefällt das Konzept. „Man hat einen öffentlichen, viel frequentierten Raum besetzt und gibt ihm eine neue Bedeutung“, sagt sie. In der Hauptstadt Montevideo ist das anders. Im Stadtbild findet man kaum Orte des Gedenkens, die eine mahnende Wirkung haben könnten. Das Denkmal für die Verschwundenen liegt in einem armen Randstadtteil der Hauptstadt, unterhalb der historischen Festung unweit der Ufer des Río de la Plata. Das ist ein Ort voller Symbolik, weil die Gegend traditionell von vielen einfachen Arbeitern bewohnt wird und dort Erde und Wasser – die beiden Elemente, in denen die Desaparecidos mutmaßlich verschwanden – zusammen treffen. Präsent wird das Thema an diesem Ort für die Uruguayer jedoch genauso wenig wie für den durchschnittlichen Touristen. Gleiches gilt für das „Museo de la Memoria“, ein liebevoll kuratiertes aber kleines Gedenkmuseum im Norden der Stadt. Wer sich nicht bewusst entscheidet, diese Orte zu besuchen, wird sie kaum zu sehen bekommen.

7. Was lernen wir aus dem Fall Uruguay?

Uruguay steht mit seiner Geschichte nicht allein da. Überall auf der Welt hatten und haben Staaten immer und immer wieder innergesellschaftliche Krisen, Bürgerkriege oder Diktaturen erlebt und müssen einen Umgang für Leid und Schuld finden. Das gilt für Spanien ebenso wie für Südafrika und für Myanmar ebenso wie für den Sudan. Die historische Aufarbeitung hat dabei vier zentrale Dimensionen: Die juristische Aufarbeitung im Sinne einer Verfolgung von während des Konflikts begangenen Verbrechen, die Entschädigung der Opfer und deren Angehörigen sowie – als eher mittel- bis langfristige Prozesse – die Wahrheitssuche und den Aufbau einer Erinnerungskultur. Ich habe mich in meiner Recherche vor allem auf die juristische Aufarbeitung und die Wahrheitssuche konzentriert, weil Uruguay in diesen Bereichen besonders wenige Fortschritte erzielt hat.

Während meiner Recherche habe ich mir viele Gedanken um die Frage gemacht, wie „der Weg zurück“ aussehen sollte. Wie viel darf, wie viel muss eine Demokratie vergessen? Wie schafft man die Basis für einen stabilen Neustart und wahrt gleichzeitig die Menschenrechte der Geschädigten? Welches Vorgehen ist gerecht für die Opfer – und welches das rich-

tige für das ganze Land? Die eine Antwort gibt es nicht, weder in der Realität, noch in der wissenschaftlich-theoretischen Betrachtung des Themas.

Der britische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington schreibt in seinen „Ratschlägen für Demokratisierer“:

„Erkenne an, dass bei der Frage ‚verfolgen und bestrafen‘ versus ‚vergessen und vergeben‘ jede der beiden Alternativen schwerwiegende Probleme birgt, und dass der möglicherweise am wenigsten unbefriedigende Weg darin bestehen könnte: Verfolge nicht, bestrafe nicht, vergebe nicht und vor allem vergesse nicht.“

In der Praxis würde das bedeuten, dass ein junger demokratischer Staat unmittelbar nach seiner Entstehung bereits eine seiner grundlegenden Qualitäten missachten würde, nämlich die Achtung der Menschenrechte aller seiner Bürger. Und dass ein Staat wie Uruguay dadurch ein ambivalentes Rechtsverständnis etabliert, wie der uruguayische Historiker Carlos DeMasi es gut beschreibt. „Es entsteht der Eindruck, dass einer, der einen Supermarkt überfällt ins Gefängnis muss, aber ein Mord auf Militärgelände in Ordnung ist“, sagt er. „So wird das Gefühl vermittelt, dass Menschen, die bestimmte Delikte begangen haben in diesem Land nicht dafür bestraft werden, dass Straflosigkeit für gewisse Vergehen akzeptabel ist.“

Kann auf einem so porösen Fundament eine gesunde Demokratie, ein Rechtsstaat wachsen? Schaut man sich das heutige Uruguay im Gesamten an, in seiner heutigen Konstitution und mit seinen heutigen Qualitäten, ist man geneigt, das zu bejahen. Doch betrachtet man isoliert die Schicksale der Angehörigen wie Olga Ramos, die ihr halbes Leben geopfert hat, um für die Wahrheit zu kämpfen, oder der Opfer wie Ricardo Echeverri, dem das Erlebte in Form seiner Peiniger tagtäglich auf der Straße begegnet, erhält dieses Ja eine dunkelgraue Schattierung. Uruguays Demokratie sei durch die zögerliche Haltung des Staates zu einem „Uruguay des Kompromisses“ geworden, sagt Álvaro Rico von der Universidad de la República. „Das ist auch in der Gegenwart so, bei aktuellen Konflikten. Wir sprechen nicht mehr nur über die Diktatur, sondern über die Frage, in was für einer Demokratie wir leben, über das Zusammenleben von Opfern und Tätern heute. Also darüber worauf die Demokratie aufbaut.“

Mit einer Amnestie, die einem bewussten Wegschauen gleicht, kommt immer ein Dilemma, ein komplizierter Konflikt: Politischer Pragmatismus trifft auf die emotionalen Schicksale von Opfern und ihren Angehörigen. Am Ende kollidieren beim Übergang in eine Demokratie zwei gegensätzliche ethische Vorstellungen. Die eine sagt: Eine Demokratie darf keine Menschen in ihren Reihen dulden, die an systematischer Folter, an Mord und Verschleppung beteiligt gewesen sind. Und die andere meint: Um sich zu versöhnen, muss man vergessen. Denn jeder Blick zurück erschwert ei-

nen Schritt nach vorne. Ex-Präsident Julio Maria Sanguinetti, der Urheber der Amnestie in Uruguay, hat das als den Konflikt zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik beschrieben: Bis zu welchem Punkt sollten wir unseren Prinzipien folgen, wenn deren Einhaltung an einem gewissen Punkt Folgen hat, die ebendiesen widersprechen?

Auch nach sechs Wochen Recherche und nachdem ich beide Seiten gehört habe, bin ich unsicher, wie ich diese Frage beantworten will. Ich denke aber, dass Sanguinettis Argument, eine umfassende Aufarbeitung hätte das Land in eine erneute Krise gestürzt, nur für die Anfangsjahre der Demokratie gelten kann. Mit einigem Abstand und nach einer erfolgreichen Konsolidierung ist Uruguay bereit für einen Aufarbeitungsprozess. Der Weg, den die Frente-Amplio-Regierung unter Tabaré Vázquez und Pepe Mujica in den vergangenen zwölf Jahren gegangen ist und den sie jetzt mit der Grupo de Trabajo por Verdad y Justicia fortführt, ist deswegen der richtige. Sie ist ihn bislang aber nicht in aller Konsequenz gegangen. Und: Was sind Erfolge wert, die nach einer so langen Zeit, nach dem Tod vieler Beteiligten und nur gegen so viele Widerstände von Seiten des Staates erreicht werden. Elena Zaffaroni von Famidesa hat möglicherweise nicht Unrecht, wenn sie sagt, eine solche Gerechtigkeit, gebe keinem der Beteiligten ein echtes Gefühl von Gerechtigkeit.

Eine der Antworten, die mir aus all den Interviews besonders in Erinnerung geblieben ist, gab mir der Historiker Aldo Marchesi, ebenfalls von der Universidad de la República. Als ich ihn fragte, ob eine Gesellschaft seiner Meinung nach das „Recht auf Vergessen“ besäße, wie die Uruguayer es mit ihrer Bestätigung des Ley de Caducidad in den beiden Plebisziten eingefordert zu haben schienen, erzählte er mir von der Erzählung „Das unerbittliche Gedächtnis“ des argentinischen Schriftstellers Jorge Luis Borges. Sie handelt von Funes, einem Mann, der nichts vergisst und der dadurch verrückt wird. „Es ist notwendig, zu vergessen, denn so ordnest du dein Verhältnis zur Vergangenheit“, sagte Marchesi und ergänzte dann: „Die Frage ist: Was wollen wir vergessen? Und an was wollen wir uns erinnern? In diesem Kampf entscheiden sich die Debatten der Zukunft und der Demokratie.“